



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Umweltbildung auf höchstem Niveau
Mit einem spektakulären Blick in die Tiefe, mit unterhaltsamen Informationen und einem faszinierenden Gebäude zieht die Ausstellung „Bergwelt Karwendel“ neben der Bergstation der Karwendelbahn in Mittenwald Besucherscharen an (siehe Seite 11).
Foto: Meider, Karwendelbahn AG

Bayerischer Landkreistag:

Baustellen und Bausteine

Reichhaltig war die Palette an Themen, die der Bayerische Landkreistag mit Journalisten im Rahmen eines Pressefrühstücks erörterte. Unter Leitung des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds Johannes Reile bezog der kommunale Spitzenverband im Vorfeld einer Präsidiumssitzung dezidiert Stellung zu aktuellen Fragen und Problemfällen.

Johannes Reile informierte eingangs über die Einbringung eines Gesetzesentwurfs durch den SPD-Abgeordneten und Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Peter Paul Gantzer, der die Aufhebung der derzeit geltenden Altersgrenze für hauptamtliche Bürgermeister und Landräte zum Inhalt hat.

Altersgrenze 65

Nach der jetzt geltenden Regelung des Gemeinde- und Landkreistagswahlgesetzes darf zum berufsmäßigen 1. Bürgermeister und zum Landrat nur gewählt werden, wer am Tag des Beginns der Amtszeit das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Gantzer zufolge ist es unge-

recht, dass ehrenamtliche Bürgermeister keinen Altersbeschränkungen unterliegen. Es gäbe nicht nur im Landkreis München, sondern auch in ganz Bayern Fälle, in denen ursprünglich berufsmäßige erste Bürgermeister nach einer Wahl als ehrenamtliche Bürgermeister weiterarbeiten, weil der Gemeinderat vor der Wahl das Amt dementsprechend umgewandelt hat, so seine Argumentation. Hinzu komme, dass Abgeordnete und Minister einschließlich Ministerpräsidenten überhaupt keinen Altersbeschränkungen unterliegen.

Meinungsbildung

Geschäftsführer Reile verwies darauf, dass Nordrhein-Westfalen die Altersbegrenzung für Kommunalpolitiker inzwischen aufgehoben hat. Auch in vielen europäischen Ländern gebe es keine Altersbegrenzung für berufsmäßige Bürgermeister und Landräte. Eine erste Meinungsbildung hierzu werde es im Landkreistags-Präsidium geben. Eher skeptisch steht das Präsidium des Bayerischen Landkreistags dem Vorschlag der Landtags-FDP nach einer Zusammenlegung von Kommunal- und EU-Wahlen gegenüber. Da nicht damit zu rechnen sei, dass die EU ihre Wahlzeiten verlängert, würde eine Zusammenlegung zwangsläufig zu einer Verkürzung der Kommunalwahlzeit um ein Jahr führen.

In punkto Dienstleistungsrichtlinie sind sich Reile zufolge alle kommunalen Spitzenverbände sowohl in Fragen des ÖPNV (Fortsetzung auf Seite 4)

Fachkonferenz in der Akademie für Politische Bildung:

Zukunftsaufgaben der Kommunalpolitik

Erstmals veranstaltete der Bayerische Städtetag mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing ein kommunalpolitisches Forum für politische Entscheidungsträger aus Städten und Gemeinden. Die Fachkonferenz widmete sich grundsätzlichen Themen und orientierte sich gleichzeitig am Zeitgeschehen. In drei aktuellen Themenfeldern - Kommunale Finanzen, Klimaschutz und Öffentlichkeitsarbeit - befassten sich prominente Referenten mit Zukunftsaufgaben der Kommunalpolitik.

Mit der Frage „Zukunft des Kommunalen Finanzausgleichs - Gibt es einen fairen Ausgleich zwischen Stadt und Land?“ setzte sich eingangs Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon auseinander. Aus wissenschaftlicher Sicht beleuchtete Prof. Dr. Thiess Büttner vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung diese Frage. An einer sich anschließenden Podiumsdiskussion, die von Akademiedirektor Prof. Heinrich Oberreuter moderiert wurde, beteiligten sich u. a. der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister

Hans Schaidinger sowie Jürgen Seifert, Erster Bürgermeister von Prien am Chiemsee.

Fairer Finanzausgleich

Nach den Worten von Finanzminister Fahrenschon ist der geltende kommunale Finanzausgleich „relativ ausgewogen“. Sowohl Städte als auch ländlicher Raum sollen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben sachgerecht zu erfüllen. „Jede einseitige Bevorzugung würde dem Interesse des gesamten Landes schaden.“

Laut Fahrenschon wurde die Verteilungswirkung des kommu-

nalen Finanzausgleichs bereits mehrfach in staatlich-kommunalen Arbeitsgruppen, aber auch in externen Gutachten untersucht. So sei beim Spitzengespräch über den Finanzausgleich 2006 beschlossen worden, eine staatlich-kommunale AG einzusetzen, die die Verteilungsgerechtigkeit speziell der Gemeindegliederungszuweisungen untersuchen sollte.

Verteilungsgerechtigkeit

Nachdem in der AG auch nach längeren Debatten keine Einigkeit über die Methodik einer Überprüfung gefunden werden konnte, habe sie das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) mit der Erstellung eines wissenschaftlichen Gutachtens beauftragt. Das Ergebnis: Hinsichtlich der materiellen Verteilungsgerechtigkeit konnte kein beunruhigendes Ergebnis festgestellt werden. Das NIW hält es für sachgerecht, die (Fortsetzung auf Seite 3)

2. Kommunalen Innovationstag in Würzburg:

Komponenten einer modernen Verwaltung

Die Koalitionsvereinbarung zwischen CSU und FDP legt fest, dass sämtliche Aufgaben der Verwaltung überprüft werden müssen. Drei Kriterien stehen im Fokus, so Innenminister Joachim Herrmann beim 2. Kommunalen Innovationstag, an dem 200 Kommunalvertreter aus Bayern teilnahmen: „Subsidiarität, Bürgernähe und Transparenz.“ Eine kommunale Verwaltungsreform, die an diesen Kriterien ausgerichtet ist, zielt darauf ab, dass Entscheidungen zügiger und mit klaren Verantwortungen getroffen werden.

Überall in Bayern machen sich Kommunen auf den Weg, Entscheidungen mit Hilfe der Bürger anders zu finden und anders umzusetzen als in der Vergangenheit. Dies wurde bei der von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) in Würzburg organisierten Veranstaltung deutlich. Im Allgäu ge-

schieht dies zum Beispiel mit dem Projekt „Zukunft Sonthofen“.

Bürgerbeteiligung

Seitdem Bürger in Sonthofen mitbestimmen können, werden einmal getroffene Entscheidungen in der 20.000-Einwohner-Kommune wesentlich reibungsloser

umgesetzt als es früher der Fall war, bestätigte Bürgermeister Hubert Buhl. Eine erste Zwischenbilanz von „Zukunft Sonthofen“ ergab außerdem, dass das Projekt zu einem gewaltigen „Modernisierungsschub“ geführt hat.

Der Aufwand lohnt sich

Natürlich, auch daraus machte Buhl keinen Hehl, ist eine breite Bürgerbeteiligung im Vorfeld einer Entscheidung „manchmal mühsam und umständlich“. Ist die Entscheidung endlich gefällt, könne sie jedoch sehr viel leichter umgesetzt werden: „Denn es herrscht Ruhe an der Front.“ Entscheidungen, die nur von Politik und Verwaltung getroffen werden, müssten oft mit sehr viel Mühe hinterher nach vielen Sei-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Hauptschule als zentrales Thema	2
CSU sucht direkten Bürgerkontakt	2
10. Kommunalpolitikertag der SPD-Landtagsfraktion	2
GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Antizyklisches Verhalten als Ausweg aus der Krise	3
Hauptausschuss-Sitzung der bayerischen Bezirke	3
Breitbandversorgung beschleunigen!	4
GZ-Fachthemen: Kommunalfahrzeuge · Grünanlagen	5/6
Umwelt- und Abfalltechnik	7/8
EDV - Ausstattung für die Kommunalverwaltung	9/10
Aus den bayerischen Kommunen	11/12

Attraktives Schulangebot

Kultusminister Spaenle beim Bayerischen Gemeindetag

Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle machte beim Bayerischen Gemeindetag deutlich, dass er die wohnortnahe Schule für eine wichtige infrastrukturelle Einrichtung hält. Mit differenzierten Unterrichtsangeboten und dem flächendeckenden, bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagschule sei Bayern auf dem richtigen Weg.

Der Landesausschuss des Gemeindetags diskutierte die Ergebnisse des Bildungsgipfels. Dabei wurde der Ausbau der Ganztagschule in Trägerschaft des Freistaats einhellig begrüßt. „Wir brauchen bei der Bildung und Betreuung unserer Kinder dem örtlichen Bedarf nach flexible Lösungen“, so Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. In Dialogforen will Spaenle auf Landkreisebene vermehrt die kommunalen Schulaufwands-träger bei der Entscheidungsfindung über Schulstrukturen einbinden. Dabei sollen die Interessen kleinerer Schulstandorte berücksichtigt werden. Da nicht jede kleine Hauptschule die gesamte Angebotspalette des Unterrichts und der Betreuungsangebote vorhalten könne, sollen in Schulverbünden mehrere Gemeinden zusammen arbeiten. □

Neues von *Sabrina*



Gut beraten ist der Staatsmann, der Groß und Klein gleich behandelt, meint der Bürgermeister. Er bezieht sich dabei auf die martialische Rhetorik deutscher Spitzenpolitiker gegen diverse Nachbarländer. Aus diesem Grunde trägt sich der Rathauschef mit dem Gedanken, durch einen Akt kommunaler Außenpolitik ein Zeichen zu setzen. S. 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Hauptschule als zentrales Thema

In einer Regierungserklärung bestätigt Kultusminister Spaenle das Konzept der Koalition
Die Opposition spricht von Schönrednerei

Das Ziel, in ganz Bayern, auch in ländlichen Regionen, ein wohnortnahes, weiterführendes Schulsystem zu erhalten, hat Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle in einer Regierungserklärung im Landtag nochmals betont (vgl. auch Seite 1). Mit Ganztagschulen und mit der 5. als Gelenkkasse, aber auch späteren Übertrittsmöglichkeiten zwischen den Schularten sollen die Chancen der Kinder und die Mitwirkung der Eltern neu belebt werden. Der Bildungsgipfel von Kommunen und Freistaat am 11. Februar habe hierfür zukunftsweisende Beschlüsse erbracht.

Der Minister dankte den Kommunen für ihr großes Interesse an einer inhaltlichen Mitgestaltung. Bildung sei eine gesellschaftliche und politische Kernaufgabe und von elementarer Bedeutung in der solidarischen Leistungsgesellschaft. Die Weichenstellung für mehr Bildungsqualität und Gerechtigkeit werde im Doppelhaushalt 2009/10 auch finanziell dokumentiert.

Mehr Lehrkräfte

Für den Schulbereich steigen die Ausgaben um 5,6% bzw. 4,1%. Es werden, so Spaenle rund 2007 neue Planstellen für Lehrkräfte geschaffen. Ebenso steigen die Mittel für die Entlastung der Städte und Gemeinden, die jedoch weiterhin ihren Teil zur Entwicklung beitragen werden.

und die Gesellschaft als Ganzes veränderten sich.

„Schulideologisch aufgeladene Justamentsstandpunkte“ haben nach Spaenles Überzeugung bei der sensiblen Thematik nichts verloren. Der Minister wandte sich gegen die Oppositionsmeinung, das Übertrittsverfahren werde in der neuen 5. als Gelenkkasse relativiert. Es gehe um ein System der wiederkehrenden Chancen, also auch zwischen den weiterführenden Schulen.

Kommunale Mitgestaltung

Spaenle dankte auch hier den Kommunen für ihr großes Interesse an einer inhaltlichen Mitgestaltung. Die Qualität der bayerischen Bildung liege in ihrer Vielfalt. Zahlenmäßig belegte Spaenle die Entwicklung mit den

Thomas Gehring von den Grünen schlug in die gleiche Kerbe. Die CSU habe, ihre Wahlschlappe letztes Jahr vor allem wegen der Bildungspolitik erlitten. Doch es gebe jetzt wenig Neues. „Sie verwalten den Mangel. Die zusätzlichen Stellen stünden nur auf dem Papier. Das neue Übertrittsverfahren sei nicht kindergerecht, sondern erhöhe den Druck auf die Kinder. Gehring sprach sich wie Pfaffmann für die Abschaffung der Grundschule aus. Um das längere, gemeinsame Lernen komme man nicht herum.

Neue Modelle

Auch Eva Gottstein (Freie Wähler) befand, schulpolitisch sei das Kind schon in den Brunnen gefallen. Sie identifizierte sich zwar nicht mit den Gegenvorschlägen von SPD und Grünen, forderte diese aber auf, neue Modelle zu entwickeln. Aus ihrer Erfahrung als Realschuldirektorin klagte sie über die Unmöglichkeit für die Lehrer, in ihren Stundenplänen zu Recht zu kommen. Die Hauptschule müsse zur Ganztagschule werden.

Priorität im Haushalt

Für die CSU bekannte sich Georg Eisenreich zum Koalitionskonzept. Es komme nicht so sehr auf die auch unter Experten umstrittene Schulstruktur an, sondern auf die Förderung der Kinder. Dazu gehöre auch die Motivation in den Familien. Der richtige Dialog vor Ort gehe nicht ohne die Eltern.

Renate Will (FDP) meinte, die Bildungsausgaben in Bayern hätten lange stagniert. Jetzt bekämen sie auch Priorität im Haushalt. Dafür habe sich die FDP mit Erfolg eingesetzt. Was sie in der Koalition erreicht habe, sei ein guter Kompromiss. Man müsse sich mit dem Partner fair auseinandersetzen. Der SPD warf sie vor, nichts erreicht zu haben. „Wir fangen gerade erst an“.

rm

Kinderbetreuung und Klimaschutz

SPD will im Landtag nach Ablehnung ihrer Anträge zum Staatshaushalt hartnäckig bleiben und beruft sich auf die kommunalen Spitzenverbände

Mehr Geld für Städte und Gemeinden für Aufgaben der Kinderbetreuung und im Klimaschutz fordert die SPD-Landtagsfraktion. Sie beruft sich dabei auf die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände. Nach Ablehnung der Oppositionsforderungen zum bayerischen Doppelhaushalt 2009/10 durch die Koalitionsmehrheit von CSU und FDP haben die SPD-Fachsprecher angekündigt, die entsprechenden Anträge erneut im Landtag einzubringen. Sie hoffen auf Gesinnungswandel der CSU.

Zum Bau und Ausbau der Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren berichtete die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johanna Werner-Muggendorfer, Bayern rufe von den vom Bund bis 2012 zur Verfügung gestellten 340 Mio. Euro viel zu wenig Geld ab. Letztes Jahr seien nur etwa 13 Mio. Euro abgerufen worden, obwohl etwa 59 Mio. Euro verfügbar gewesen wären, dazu Anteile aus den 100 Mio. Euro, die der Freistaat zusätzlich bereitgestellt habe.

Bürokratieabbau

Sozialministerin Christine Haderthauer hatte auf eine schriftliche SPD-Anfrage geantwortet, bis Ende Januar 2009 seien für den Ausbau von Betreuungseinrichtungen 78,2 Mio. Euro bewilligt und 15,8 Mio. Euro entsprechend dem jeweiligen Baufortschritt ausgezahlt worden. Bayern stehe beim Abruf des Investitionsprogramms an der Spitze.

Werner-Muggendorfer forderte, die Beratung und Unterstützung der Kommunen bei der Planung sowie durch Abbau der

CSU sucht direkten Bürgerkontakt

Landtagsfraktion setzt Arbeitsgruppe Große Städte ein
Von den Ballungszentren geht die Entwicklung in den ländlichen Raum

Mit einer Arbeitsgruppe Große Städte will die CSU-Landtagsfraktion sich besser auf die Situation in den Ballungsräumen und deren Auswirkung auf das flache Land einstellen. Zunächst gehen zehn Abgeordnete unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Staatssekretär a. D. Karl Freller, daran, sich vor Ort und mit Hilfe der elektronischen Medien über die speziellen Probleme der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung aktuell zu informieren und dann in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Ländlicher Raum unter Leitung des stellvertretenden Fraktionschefs Alexander König Schlüsse für die Politik zu gewinnen. Neben Stadtverwaltungen und Bürgern wird auch die KPV in diese Arbeit einbezogen.

„Bayern ging es immer dann am Besten, wenn sich ländlicher Raum und Ballungszentren gleichermaßen gut entwickelt haben“, konstatierte Freller vor der Landtagspresse. Es dürfe nicht mehr passieren, dass die CSU zu spät auf Entwicklungen reagiere. Die Arbeitsgruppe wolle und könne keine Fehler korrigieren, aber die richtigen Wege aufzeigen. Dazu sei die Entwicklung in den Städten – nicht eng begrenzt auf die Einwohnerzahl – ein Seismograph. Die Veränderungen von der Kinderbetreuung bis zum öffentlichen Nahverkehr und in der Kultur bzw. Fremdenverkehr vollzögen sich in den Städten schneller, ehe sie auf das flache Land, also vom Mieter im Hochhaus bis zum Einödbauern, übergreifen.

Freller nannte stichwortartig die Komplexe

des Lebens in Stadt und Land, um die es geht: Die Kinderbetreuung müsse schneller ausgebaut werden. Hier schlugen Kultus- und Sozialministerien die richtige Richtung ein. Er hätte sich gewünscht, zu seiner Zeit als Kultusstaatssekretär (1998 - 2007) mehr Mittel gehabt zu haben. Der öffentliche Nahverkehr spiele hier wie in der Arbeitswelt oder bei Mieten und Lebenshaltungskosten eine die Stadtgrenzen überschreitende Rolle. Die Entwicklungen würden jedoch immer zuerst in den Städten spürbar. Freller betonte, die neue Arbeitsgruppe sei dazu da, dies aufzuzeigen. Die Korrektur von Fehlern sei dann Aufgabe der Gesamtfraktion und der Staatsregierung. Das werde sich bei den Wahlen bis hin zur Kommunalwahl 2013 für die CSU auszahlen.

Spezifische Lösungsansätze

Zunächst werden die zehn Arbeitskreismitglieder aus den Städten von München bis Eggenfelden das örtliche Gespräch beginnen. „Zuhören ist eine der wichtigsten Eigenschaften eines Politikers“, betonte Freller. Man wolle spezifische Lösungsansätze für die städtischen Problemstellungen entwickeln. Dabei könne es sich zum Beispiel auch um den Bau einer Moschee handeln. Fraktionsvorsitzender Georg Schmid verwies auch auf das neue Medium Podcast. Es biete allen Bürgern die Möglichkeit, sich aktiv in das politische Geschehen einzubringen. „Wir wollen wissen, was die Menschen uns zu sagen haben“.

rm

10. Kommunalpolitikertag der SPD-Landtagsfraktion:

Bayerns Kommunen wollen mehr Einfluss in der EU

Mit dem Ziel, Repräsentanz und Mitwirkung der Kommunen in der Europäischen Union zu steigern, gehen die Sozialdemokraten in den Europawahlkampf. Insbesondere die öffentliche Daseinsvorsorge müsse Pflichtaufgabe sein - von der Wasserversorgung über Stromversorgung bis zum Bestattungswesen. Hier könnten sich die Städte und Gemeinden von privaten Unternehmen helfen lassen.

Dieser Tenor beherrschte den 10. Kommunalpolitikertag der SPD-Landtagsfraktion im Maximilianeum mit Blick auf die Wahl des Europaparlaments.

„Nur in einem gleichberechtigten Miteinander von EU,

Bund, Ländern und Kommunen kann sich Europa weiter positiv entwickeln“, stellten SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger und Dr. Linus Förster als kommunal- bzw. europapolitische Sprecher

fest. Mit den 100 Teilnehmern der Tagung hörten die Verbandsgeschäftsführer Reiner Knäusl (Städtetag), Dr. Jürgen Busse (Gemeindetag) und Norbert Kraxenberger (Bezirke), was Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly (einziger deutscher Kommunalvertreter im Europa-Ausschuss der Regionen) und Europa-Spitzenkandidat Martin Schulz (bis 1998 Bürgermeister von Windeln/NRW) als Hauptredner an Forderungen und sozialdemokratischer Kritik am Neoliberalismus vortrugen.

Langfristige Planung

Es gelte, sich rechtzeitig in den Meinungsbildungsprozess in der EU-Kommission und in den Ministerkonferenzen der 27 Mitgliedsstaaten einzuschalten, postulierte Maly. In Brüssel werde zum Beispiel heute schon für die Jahre 2013/14 geplant. Darüber müsse auch die Öffentlichkeit rechtzeitig informiert werden, was bisher nicht geschehe.

Schulz bekräftigte die Forderung, die Kommunen müssten in den EU-Gremien präsent sein. Beide verwiesen darauf, dass der Vertrag von Lissabon den Kommunen einen besseren Rahmen für ihre Mitwirkung geben würde. Heute fühlten sich viele in Europa verloren und bekämen Angst vor der Brüsseler Bürokratie.

Grundbedürfnisse der Kommunen

Maly und Schulz betonten, die EU-Kommission sei keine Schattenregierung sondern trotz aller Zuständigkeiten nur eine Behörde. Es bestehe auch und gerade mit dem Vertrag von Lissabon die Chance, den Einfluss auf Brüssel zu verbessern. Die Subsidiaritätsklausel des Vertrages ermögliche den Kommunen, den Zwischenraum zwischen nationalen Volksvertretungen und EU als öffentliche Lobbyisten zu nutzen. Es gehe um die Grundbedürfnisse der heimatischen Gesellschaft; von der Wasser- und Energieversorgung über die (Fortsetzung auf Seite 3)

Ab in Sonne und Schnee!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Der Minister verwies auf die neuen Dialogforen als „Runde Tische“, an die sich die Vertreter der gesamten regionalen Schulfamilie setzen sollen. Erstes zentrales Thema werde die Weiterentwicklung der Hauptschule sein.

Neue Kooperationsmodelle

Zielorientiert angestrebt werden auch neue Kooperationsmodelle zwischen Haupt- und Realschule. Diese Modelle würden laut Koalitionsvereinbarungen mit der FDP ergebnisoffen erarbeitet. Als Leitplanken seien nur Mindeststandards definiert. Es geht insbesondere um weitere Kooperationen zwischen Haupt-, Berufs- oder Wirtschaftsschule. Die Bildungspolitik müsse dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung tragen. Nicht nur die Familien sondern auch die Regionen

2700 in den nächsten Jahren vorgesehenen Lehrplanstellen.

Leistungsdruck und Schulstress

Der SPD-Bildungsexperte Hans-Ulrich Pfaffmann fand in der Regierungserklärung nur eine Schönrednerei ohne Substanz. Leistungsdruck und Schulstress bestimmten weiter den Schulalltag. Es sei keine Schule der individuellen Förderung, sondern der Auslese. In Bayern herrsche eine gravierende Bildungsgerechtigkeit. Von den 2.700 neuen Planstellen müsse man die über 1.000 in den letzten Jahren gestrichenen abziehen. Bis 2010 würden über 3.000 Lehrkräfte fehlen. Die CSU hätte den Oppositionsforderungen entsprechen müssen. Jetzt „glauben Ihnen die Menschen nicht mehr“.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedrich Walter
91720 Absberg
am 20.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Werner Röttenbacher
91790 Bergen
am 12.4.

Bürgermeister
Nikolaus Trischberger
83674 Gaißach
am 13.4.

Bürgermeister
Johann Walbrunn
92714 Pleystein
am 14.4.

Bürgermeister
Hans Drexler
92242 Hirschau
am 17.4.

Bürgermeister Klaus Elze
97280 Remlingen
am 19.4.

Landrat Roland Schwing
63897 Miltenberg
am 19.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Birkle
87740 Buxheim
am 14.4.

Bürgermeisterin
Anita Meinelt
85368 Moosburg
am 15.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Schuster
84180 Loiching
am 8.4.

Bürgermeister Guido Belz
98602 Pyrbaum
am 12.4.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Verband der bayerischen Bezirke:

Klare Bekenntnisse

Hauptausschuss-Sitzung in Kreuth
Beibehaltung des „Status quo“ bei der Hilfe zur Pflege

Der Hauptausschuss des Verbandes der bayerischen Bezirke befasste sich in seiner jüngsten Sitzung in Kreuth bei Rieden (Kreis Amberg-Sulzbach) mit den Schwerpunktthemen Verwaltungsreform und Reform der regionalen offenen Behindertenarbeit (OBA). Eingangs sprach Verbands-Vizepräsident Rudolf Denzler, gleichzeitig Bezirkstagspräsident von Oberfranken, von einer frühen finanziellen Zukunft der „dritten kommunalen Ebene“. „Wir haben schwere Jahre vor uns“, meinte Denzler.

Der konjunkturelle Abschwung werde die Bezirke treffen, deren Kosten insbesondere im Sozialhilfereich in den nächsten Jahren eher steigen werden, prognostizierte Denzler. Seine Forderung: Der Freistaat Bayern soll wie in den Jahren zuvor wieder rund 580 Millionen Euro an Finanzausgleichsmitteln zur Verfügung stellen. „Bei leeren Kassen erwarten wir aber schwierige Gespräche.“

Bezirksumlage

Die zweite wichtige Einnahmequelle für die Bezirke ist die Bezirksumlage, die die Landkreise und die kreisfreien Städte bezahlen müssen. Doch die Kommunen werden schon heute von der Wirtschaftskrise getroffen und stöhnen über leere Kas-

sen. Nachdem die Umlagekraft sich mit zweijähriger Verspätung aus der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit berechnet, wird die Konjunkturdelle in den Bezirkshaushalten ab 2011 voll durchschlagen.

Mit Blick auf die Verwaltungsreform im Freistaat legte das Gremium des Verbandes ein klares Bekenntnis zur Beibehaltung des „Status quo“ bei der Hilfe zur Pflege ab. Wie Denzler bemerkte, müsse die stationäre Hilfe zur Pflege auch weiterhin bei der dritten kommunalen Ebene bleiben. Dort sei sie zum Nutzen der betroffenen Menschen und der Steuerzahler richtig angesiedelt. Nach seinen Worten gebe es hier volle Übereinstimmung mit der freien Wohlfahrtspflege. Eindringlich wies der Bezirkstagspräsident darauf hin,

dass es keinen Sinn mache, eine Aufgabe, die derzeit von den sieben bayerischen Bezirken optimal wahrgenommen werde, auf 96 Landkreise und kreisfreie Städte zu verlagern. Er sehe für diese Position eine wachsende Zustimmung gerade auch in den Reihen der Staatsregierung.

Familienentlastung

Seit dem 1. Januar 2008 sind die Bezirke für die ambulante Eingliederungshilfe und damit auch für die regionale offene Behindertenarbeit zuständig. Bayernweit gesehen, wird es künftig mehr Personal im Bereich der offenen Behindertenarbeit geben. Die Sachkostenpauschalen werden steigen und Maßnahmen der Familienentlastung sowie Freizeit- und Begegnungsmaßnahmen verstärkt unterstützt. Die Lebenssituation von mehr als 570.000 Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung sowie mit Sinnesbehinderung wird sich damit nach Einschätzung des Verbandes verbessern. **DK**

Zukunftsaufgaben der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Bedarfsbemessung innerhalb der Schlüsselzuweisungen anhand des Instruments des gewichteten Einwohners vorzunehmen, weshalb die Staatsregierung Fahrenschnitz folge hier auch keinen zwingenden Handlungsbedarf sieht.

Als einzige Maßnahme sei im Finanzausgleich 2009 die Mindestinvestitionspauschale für kleine Kommunen erhöht und umlagekraftabhängig gestaffelt worden, damit sehr kleine finanzschwache Kommunen daraus eventuell den selbst nicht finanzierbaren Eigenanteil für Projektförderungen aufbringen können.

Dynamische Aufgabe

Wie der Minister betonte, „ist die Durchführung des Finanzausgleichs keine statische, sondern eine dynamische Aufgabe“. Der Finanzausgleich müsse immer wieder nachjustiert und an die sich ändernden Verhältnisse angepasst werden. Das Finanzministerium beobachte laufend die Ausgleichswirkung des kommunalen Finanzausgleichs und ob ausreichend Anreize zu kostenbewusstem Verhalten und zur Ausschöpfung der eigenen Einnahmequellen der Kommunen vorhanden sind. Grundsätzlich gelte: „Für jede Veränderung in der Verteilungswirkung muss ein sachlicher Grund vorhanden sein. Nur so können Mehrheiten für die Umsetzung der Maßnahme gefunden und kann eine neue Regelung im Streitfall erfolgreich verteidigt werden“,

Bayerns Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 2)

örtliche Infrastruktur bis hin zur Friedhofskultur. Dazu gehöre auch das Recht, Privatfirmen auszuschließen oder einzuschalten.

Die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise sei nur in der EU-Gemeinschaft und mit dem Erfolgsmodell Euro zu steuern und zu überwinden. Es gab allgemeine Übereinstimmung, alles zu tun, um die kommunale Ebene zu stärken. Mit viel Beifall wurde Schulz bedacht, als er neolibérale Tendenzen und den Konservatismus in Europa für Fehlentwicklungen in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren verantwort- **rm**

machte Fahrenschnitz deutlich.

Dass die Verteilung der Finanzausgleichsmittel nicht nach einem berechenbaren System stattfindet, sondern vielmehr ein Verhandlungsverfahren sei, erläuterte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger. Dabei gelte es, das institutionelle Recht auf Selbstverwaltung der Kommunen sicherzustellen. Fragen der Landesentwicklung müssten staatliche Aufgaben bleiben und dürften nicht mit Finanzausgleichsleistungen verrechnet werden, verlangte der Vorsitzende.

Spill-over-Effekte

Zahlreiche Dienstleistungen der Städte, z. B. Theater, Musikschulen, ÖPNV und Schwimmbäder, könnten nicht kostendeckend betrieben werden. Hinzu käme, dass der Anspruch an die öffentliche Daseinsvorsorge hierzulande höher sei als anderswo. So kämen Spill-over-Effekte zustande, für die die Städte aufkommen müssten.

„Wir hätten weniger Probleme mit dem Finanzausgleich, wenn wir nicht so stark schwankende Einnahmen hätten“, resümierte Schaidinger. Auch die Zahlungen für die Solidarzulage seien für die Städte schwer zu verkraften. Beispielhaft erwähnte er die Verschuldung seiner eigenen Stadt Regensburg, die von 1990 bis 2008 um 100 Millionen Euro anwuchs. Im gleichen Zeitraum bezahlte die Donaustadt exakt diesen Betrag als Solidarzuschlag.

Klimaschutz

Klimaschutz ist eine Aufgabe, die vor der eigenen Haustür beginnt. Über die Verantwortung von Städten und Gemeinden referierte Josef Deimer, Altoberbürgermeister von Landshut und Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags. Die fachliche Perspektive beleuchtete Prof. Dr. Klaus J. Beckmann, Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin.

„Nichts ist so stark wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist!“ Mit diesem Zitat des französischen Dichters Victor Hugo forderte Deimer dazu auf, die Gunst der Stunde zu nutzen. Heute gebe es kaum eine Frage in der Kommunalpolitik, die nicht nach

Umweltgesichtspunkten entschieden würde. Zunehmend weiteten sich die Handlungsbereiche aus. So betätigten sich die Kommunen als Grundstückseigner und Immobilienbesitzer, als Energieversorger, Einkäufer, Planungs- und Genehmigungsinstanz sowie als Vorbild und Berater. Alle Aufgaben mündeten in ein Energie- und Klimaschutzkonzept, „das unter Bedacht auf Nachhaltigkeit einer gesamthaften Lösung im integrierten Handeln zugeführt wird“.

Zukunft der Landschaft

„Die Zukunft der Landschaft liegt in den Städten.“ Dieser Satz von Hubert Weinzierl aus den 70er Jahren sei heute so aktuell wie damals, betonte Deimer und fügte hinzu: „Wenn Städte ihre zentrale Funktion nicht erfüllen können, brauchen wir uns keine Gedanken mehr über die Zersiedlung der Landschaft mit allen negativen Folgen für die Umwelt machen.“ Wenngleich ein großer Teil des Treibhauseffektes und des damit verbundenen Klimawandels in den städtischen Ballungsräumen verursacht werde, lebten die Stadtbürger doch ökologischer, meinte der Alt-OB. Je dichter die Stadtstrukturen angelegt seien, „desto effizienter werden sie“.

Radikales Umdenken

Deimer plädierte für ein „radikales Umdenken in der Landesentwicklung und Raumordnung“. Wichtig sei eine Stadtplanung, „die auf umweltbewusste Lebensweisen im ganzheitlichen Denken eingeht und eine Gestaltung sucht, die durch Ästhetik und Natürlichkeit Gemeinschaft kreiert“. Raumgefühl und Tagesrhythmus gehörten zwingend zusammen. Der Alt-OB abschließend: „Wir sehen unsere Verpflichtung gegenüber dem Bürger darin, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und eine gesunde und hohe Wohn- und Lebensqualität in unseren Kommunen auf Dauer zu gewährleisten.“

Difu-Geschäftsführer Klaus Beckmann verwies zunächst auf die städtische Doppelaufgabe Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung. Mehr als 50 % der weltweiten Bevölkerung lebe in Städten, mehr als 80 % der Menschen

GZ

Kolumne
Heinrich Lenz

Liebe Leserinnen und Leser!

Wenn wir vereinfacht von einem Gesamtmarkt aller Güter in einer Volkswirtschaft ausgehen, erklären sich die Konjunkturausschläge dadurch, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Vergleich zum gesamtwirtschaftlichen Angebot mal zu gering (Depression) und manchmal zu hoch (Boom) ist. Die konjunkturpolitischen Maßnahmen sollen dem entgegenwirken, indem sie auf die globalen Bestimmungsgößen so einwirken, dass zyklische Schwankungen möglichst verschwinden. Man spricht hier von der antizyklischen Globalsteuerung. Bei einer historischen Betrachtung wissen wir,



Antizyklisches Verhalten als Ausweg aus der Wirtschaftskrise?

dass die Gegensteuerung teils mit Zins-/Geldpolitik (Adam Smith, Friedman) und teils mit Fiskalpolitik (John M. Keynes) versucht und begründet wurde.

Soweit zur Lehrbuchmeinung, nun zur Praxis. Mit der Verabschiedung des Konjunkturpakets II im Bundesrat kann sich die Bundesregierung zufrieden zurücklehnen: Es stehen erstmals in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 50 Milliarden € zusätzlich für Investitionshilfen, Steuer- und Abgabensenkung zur Verfügung, um die bedrohliche Finanz- und Wirtschaftskrise einzudämmen. Davon entfallen einschließlich der Kofinanzierungsmittel von Land und Kommunen 1,9 Mrd. € auf Bayern. Dieses Paket soll der Konjunktur einen kräftigen Impuls und in allen Teilen unseres Landes einen zusätzlichen Modernisierungsschub geben, von dem unsere Bürger unmittelbar profitieren.

Beides dürfte bei der erfolgten Schwerpunktsetzung für kommunale Bildung und Infrastruktur erreichbar sein. Endlich können hier mit Fördersätzen von bis zu 90 % längst überfällige Investitionen und Sanierungen beispielsweise in Schulen und Kindergärten, in Krankenhäusern und bei der Breitbanderschließung auch von finanzschwachen Kommunen angegangen werden. Gerade die schon seit Jahren andauernde permanente Unterfinanzierung der Schulen im Bereich des baulichen Unterhalts

zeigt inzwischen dramatische Auswirkungen. Auf Grund einer Auswertung des Deutschen Philologenverbandes für den Bereich der Gymnasien beklagen sich rund 40 Prozent der befragten Schulen über den schlechten Zustand der Schulgebäude und das Ausbleiben von Renovierungen. Fast ein Drittel beklagt die unzureichenden Heiz- und Klimaverhältnisse. Das Aufstellen von Wannen und Eimern zum Auffangen von eindringendem Wasser ist ebenso keine Seltenheit in unserer Schullandschaft wie die Abspernung von Gebäudeteilen wegen Gefährdung der Schüler und Studenten vor herabstürzenden Bauteilen. Vom Zustand mancher Toilettenanlagen ganz zu schweigen. Diese Defizite sind beschämend für unsere Bildungs- und Wohlstandsgesellschaft.

Das Konjunkturpaket II wird ohne Frage neben wirtschaftlichen Impulsen auch einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lernsituation in unserem Land leisten. Die Erkenntnis, dass eine schöne, kindgerechte Umgebung wichtig fürs Lernen und den Sozialisationsprozess ist, ist nicht neu. Der Raum gilt bei Experten sogar als „dritter Pädagoge“. Man kann daher nur hoffen, dass die Rechnung insgesamt aufgeht und es sich bei den Rettungsschirmen und Konjunkturpaketen im dreistelligen Milliardenbereich nicht nur um ein politisches Strohfeuer handelt.

Neben dem Staat sind auch die Städte, Gemeinden und Landkreise gesetzlich verpflichtet, den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen. Die Ratshauschefs sind daher gut beraten, sich am Bewerbungsverfahren zu beteiligen und bei der jeweiligen Bezirksregierung alle in Frage kommenden Projekte einzureichen, auch wenn von Anfang an schon feststeht, dass das Geld wieder einmal nur für einen Bruchteil reichen wird.

Auf diese Art und Weise bekommt man wenigstens einen Überblick über das gesamte Ausmaß des Sanierungsbedarfs. Arbeitsplätze in der Autoindustrie bzw. in der Exportwirtschaft können damit nicht gerettet werden, dafür aber dürfen die von der Beschäftigungszahl her gesehen weitaus bedeutenderen Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe deutlich profitieren. Sollte es uns nicht gelingen, den massiven Einbruch der Nachfrage zu stoppen, wird sich die Verschuldung zu Lasten künftiger Generationen fortsetzen und dies hätte mit unserem Verständnis für nachhaltiges Wirtschaften nicht mehr das Geringste zu tun.

Ihr Heinrich Lenz

in Deutschland wohnten in Groß-, Mittel- und Kleinstädten. Die Folge: „Der globale Klimaschutz muss in den Städten bewältigt werden. Sie sind von den Klimafolgen besonders betroffen.“

Handlungsansätze

Als kommunale Handlungsansätze beim Klimaschutz nannte Beckmann das kommunale Energiemanagement und die Förderung energieeffizienter Investitionen, die Nutzung regenerativer Energiequellen und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die Umsetzung einer klimagerechten, energiesparenden Raum- und Bauleitplanung, eine umweltverträgliche Verkehrsentwicklung, eine klima- und umweltfreundliche Beschaffung und Abfallvermeidung sowie Öffentlichkeitsarbeit und Beratung.

Effiziente Technik

Um Emissionen zu mindern, gebe es „kleine und große Hebel“. Der größte sei im Gebäudereich zu finden, sagte der Geschäftsführer. Investitionen in effiziente, energiesparende Technik seien zumeist teuer, rechneten sich jedoch langfristig. Wie Untersuchungen ergaben, haben Beckmann zufolge 43 % der Kommunen bundesweit ein Klimaschutzkonzept erstellt. Die Frage, ob im Rahmen von Bauvorhaben Klimaschutzbelange in den Vordergrund gestellt wurden, sei von zwei Dritteln bejaht worden. Und noch eine interessante Zahl: Die Folgekosten der Begrenzung des Klimaanstiegs

werden laut Beckmann bis 2030 weltweit auf etwa 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr geschätzt.

Beispiel Neumarkt

Wie Kommunen die Herausforderung Klimaschutz politisch anpacken, darüber informierte in einer weiteren Podiumsdiskussion der Oberbürgermeister der Stadt Neumarkt i. d. Opf., Thomas Thumann. Für den Rathauschef sind Klimaschutz, Folgen des Klimawandels und Nachhaltigkeit die Aufgaben, bei denen alle gefordert seien, auch die Kommunen und die Bürger. In seiner Amtszeit habe sich die Stadt Neumarkt deutlich positioniert und zum Beispiel mit dem Beitritt zum Klimabündnis, der Unterzeichnung des Europäischen Konvents der Bürgermeister in Brüssel oder durch zahlreiche Maßnahmen, wie dem 100-Dächer-Plus-Programm und dem Stadtratsbeschluss für den Bau eines Biomasseheizkraftwerkes deutliche Signale gesetzt. Als großen Erfolg wertete Thumann auch die erste Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz.

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, Dr. Peter Deml, lobte die bayerischen Gemeinden. Sie stellten sich den umweltpolitischen Herausforderungen. In jeder zweiten Kommune existierten inzwischen klare Vorstellungen darüber, wie Energie eingespart wird. Zusammen mit den bayerischen Kommunen betreibe E.ON allein 100 Anlagen, basierend auf Kraft-Wärme-Kopplung. Da Deutschland zu über 80 Prozent

von Gasimporten abhängig sei, forcire E.ON massiv den Ausbau von Biogas-Technologie.

Offene Fragen

Wie Peter Deml weiter ausführte, „spürt der Bürger die Umweltschutz-Kosten in seiner monatlichen Stromrechnung“. Die Tatsache, dass Deutschland den langfristigen Ausstieg aus der Kohleversorgung plane und die Stilllegung der Kernkraftwerke immer näher rücke, lasse Fragen offen. Fakt sei, dass regenerative Energiequellen dieses Vakuum nicht werden ausgleichen können. Niemand sei heute in der Lage, „verbindlich zu sagen, wie man mit diesem Defizit umgehen soll“. „Um das Thema Atomkraft kommen wir jedenfalls nicht herum“, meinte Deml.

Politik und Presse

Wer macht Kommunalpolitik - der Bürgermeister oder der Lokalredakteur? Dieser Frage stellte sich zum Abschluss der Tagung Augsburgs Altoberbürgermeister Dr. Paul Wengert, MdL, der den Einfluss von Lokalredaktionen beleuchtete. Reichenhalls Oberbürgermeister a. D. Wolfgang Heitmeier befasste sich schließlich in seinem Impulsreferat mit der Frage, was passiert, „wenn internationale Kamerateams nach einer Katastrophe in eine Stadt einfallen“. Konkret ging es dabei um den Einsturz der Bad Reichenhaller Eislauhalle am 2. Januar 2006. Damals waren 15 Menschen ums Leben gekommen. **DK**



Stellten sich den Fragen der Journalisten (v. l.): Emil Schneider, Michael Graß, Johannes Reile, und Jakob Lacher.
Foto: Döring

Baustellen und ...

(Fortsetzung von Seite 1)
(keine Verschärfung europarechtlicher Vorgaben) als auch beim „Einheitlichen Ansprechpartner“ nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie (kommunale Zuständigkeit) einig. Es gelte, die bayerischen Kommunen stärker in den Prozess der Willensbildung auf europäischer Ebene einzubeziehen. Von Interesse dürfte deshalb eine gemeinsame Veranstaltung der kommunalen Spitzenverbände und des Europabüros der bayerischen Kommunen am 20. Mai in Nürnberg sein.

Trauerspiel von A bis Z

Als ein von Entscheidungsblockaden durchdrungenes Trauerspiel von A bis Z bezeichnete der Geschäftsführer wiederum die Neuorganisation von Hartz IV. Die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Herbst vergangenen Jahres veröffentlichten Eckpunkte zu einer Neuorganisation des SGB II-Vollzugs (Hartz IV) widersprächen den kommunalen Interessen fundamental. Der Bayerische Landkreistag fordert daher die Verstärkung und zahlenmäßige Erweiterung des Optionsmodells, nach dem die Kommunen für den gesamten Aufgabenbereich des SGB II zuständig sein sollen. Das unverhohlene Planen einer Bundesaufsicht über die Kommunen sei nicht hinnehmbar. Im Koalitionsausschuss sei keinerlei Bewegung festzustellen, sagte Reile, so dass man damit rechnen müsse, „dass vor der nächsten Bundestagswahl nichts mehr passiert“.

Konjunkturpaket II hoffnungslos überzeichnet

Stichwort Konjunkturpaket II: Die Nachfrage bei den Kommunen sei derart groß, dass das Programm in allen Regierungsbezirken „hoffnungslos überzeichnet“ sei, stellte das Präsidialmitglied fest. „Hier muss gesiebt werden!“ Ziel müsse es sein, nur die wirklich vernünftigen Projekte in den Vordergrund zu stellen. Auch gehe es um eine kluge Verteilung der Mittel. Nunmehr könne die energetische Sanierung auch bei einer Generalsanierung oder einem Ersatzneubau gefördert werden. Der vorzeitige Maßnahmenbeginn sei schon mit der Aufnahme des Projekts in das Förderprogramm möglich und der Verwendungsnachweis genüge in vereinfachter Form.

„Nun sind die sieben Regierungen am Zug, die eine Fülle an Anträgen zu sichten und zu bewerten haben“, sagte Reile. Vertreter der kommunalen Spitzenverbände wirkten dabei mit. Nötig sei eine unbürokratische Umsetzung, damit die Kommunen die Mittel aus dem Konjunkturpaket zeitnah abrufen und zielgerecht investieren können.

Breitbandförderung

Als „zu spät und zu gering dotiert“ betrachtet der Landkreistag die Breitbandförderung in Bayern. Die Landkreise, die ohnehin

„im Gegensatz zu den Gemeinden nicht die Nutznießer sind“, betrachteten das Thema als Projekt der Daseinsvorsorge, machte Reile deutlich. Hier sei Handlungsbedarf angesagt.

Vereinfachung des Verfahrens

Mit den zusätzlichen Mitteln aus dem Konjunkturpaket II stünden künftig insgesamt rund 38 Millionen Euro für die Förderung bayerischer Kommunen zur Verfügung. Der derzeitige Regelförderbetrag von 50.000 Euro soll auf 100.000 Euro erhöht werden. Der Fördersatz soll von 50 auf 70 Prozent angehoben werden. Dies entspreche auch den Forderungen des Landkrei-

tags. Angedacht ist zudem eine Vereinfachung des Verfahrens durch Zusammenlegung von Schritten. Die Änderungen werden derzeit von der Europäischen Kommission geprüft. Das Bayerische Wirtschaftsministerium rechnet mit einer zügigen Notifizierung. Das Ministerium will den Kommunen in Kürze weitere Informationen zur Verfügung stellen.

Einbußen bei der medizinischen Qualität

Alarmiert zeigte sich der Bayerische Landkreistag beim Blick auf die Auswirkungen der seit 1. Januar geltenden Vergütung der haus- und fachärztlichen Leistungen auf das Belegarztwesen in Bayern. Das neue Vergütungssystem schaffe nicht nur Probleme für die niedergelassenen Haus- und Fachärzte, sondern wirke sich über das Belegarztwesen auch auf die Krankenhäuser aus. Dies werde massive Einbußen bei der medizinischen Qualität der Leistungserbringung an den kleineren Krankenhäusern in den ländlichen Regionen zur Folge haben, so die Prognose des Landkreistags. Wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, seien sogar ganze Krankenhäuser in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet.

Mit dem zu Jahresbeginn in Kraft getretenen neuen Bewertungsmaßstab wurde nicht nur das Vergütungssystem aller niedergelassenen Kassenärzte neu

gestaltet, sondern auch die Vergütung der Tätigkeit von Belegärzten in Krankenhäusern neu geregelt. Die Absenkung des Punktwertes für belegärztliche Leistungen von 5 auf 3,5 Cent könne durch die Anhebung der Punktzahlen um ca. 18 % schon rein rechnerisch nicht ausgeglichen werden, so der Spitzenverband. Dies bedeute massive Erlöseinbußen für die belegärztlich tätigen Fachärzte, die von den Krankenhäusern nicht aufgefangen werden können.

Belegarztsystem

Zahlreiche der 135 Landkreiskrankenhäuser in Bayern können das für die medizinische Grundversorgung notwendige fachärztliche Leistungsspektrum nur über Belegarztabteilungen aufrechterhalten. Insbesondere die Geburtshilfe und Gynäkologie, Hals-Nasen-Ohren-Medizin, Augenmedizin und Orthopädie werden als Belegabteilungen geführt, bei denen der Facharzt seine Praxis betreibt und seltenere stationäre Eingriffe im Krankenhaus vornimmt. Das Krankenhaus hält die Betten und die pflegerischen Leistungen sowie Hintergrunddienste vor.

Auch bei der notfallärztlichen Versorgung gibt es nach Auskunft des Landkreistags massive Probleme. Eine strategische Ausrichtung auf Gesundheitsebene sei sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene nicht vorhanden. **DK**

Komponenten einer modernen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ten verteidigt werden. Weil sich die Kommune das „Durchbohren“ erspart, lohnt sich Buhl zufolge der Aufwand.

Bürgerbeteiligung ist für Buhl das wichtigste Mittel, um in schwierigen Zeiten „das Schiff der Kommune unter Dampf zu halten“. Allerdings: Die anfängliche Euphorie darüber, dass sie mitreden können, flaut nicht selten in der Bürgerschaft nach einer Weile ab. Ermüdung mache sich breit. Ganz besonders frustriert es laut Buhl die Bürger, wenn pfiffige Ideen, die von ihnen in Projektgruppen für das künftige Stadtentwicklungskonzept ausgetüftelt wurden, wieder einmal mangels Geld nicht realisiert werden können.

Vorschläge sammeln

Jede Verwaltungsreform muss laut Innenminister Herrmann von allen Beteiligten „mit innerer Überzeugung mitgetragen“ werden, damit sie funktioniert und akzeptiert wird. So müssen Kommunen und Freistaat an einem Strang ziehen. Damit dies geschieht, würden in seinem Ministerium in den kommenden Monaten Vorschläge der Kommunen für eine Reform der Verwaltung gesammelt, gesichtet und auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft. In ähnlicher Weise müssten vor Ort die Mitarbeiter in den Rathäusern und Landratsämtern in die Prozesse für mehr Bürgernähe, Subsidiarität und die Optimierung von Geschäftsprozessen zwecks Verwaltungsvereinfachung und Ressourceneinsparung eingebunden werden.

Eigenverantwortung

Ebenso, wie die Bürger in den einzelnen Gemeinden mehr Verantwortung mittragen sollen, sollen auch die Kommunen im Freistaat eigenverantwortlicher agieren. Eine Initiative des Freistaats zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung wurde 2007 mit dem „Gesetz zur Erprobung einer Freistellung ausgewählter Kommunen von der Einhaltung von Rechtsvorschriften“ (Modellkommunengesetz)

auf den Weg gebracht. Das Gesetz, so Herrmann, soll in Kürze ausgeweitet werden. Zum einen ist eine inhaltliche Erweiterung der bisher definierten Themenkataloge geplant, zum anderen sollen weitere Kommunen aufgenommen werden.

Einstellung der Bürger zum gesamten Staatswesen

Bürgerfreundlichkeit in der Kommunalverwaltung und Bürgerbeteiligung vor Ort sind für Herrmann deshalb so wichtig, weil in den Kommunen die innere Einstellung der Bürger zum gesamten Staatswesen entscheidend geprägt wird. Der Innenminister: „Wer in seiner Kommune an der Bürokratie verzweifelt, wird zum gesamten Staatswesen auf Distanz gehen.“ Ein Übermaß an Regulierung, Kontrollen und Bürokratie müsse deshalb auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden.

Diskussionspunkt Doppik

Heftig umstritten war während des Kommunalen Innovationstages das Thema Doppik. Von 71 Landkreisen in Bayern sind erst 15 auf die doppelte Buchführung umgestiegen. Anders als in vielen anderen Bundesländern gibt es im Freistaat auch noch immer keine Vorgabe, bis wann sich jede Kommune von der Kameralistik verabschiedet haben muss.

„Zwei parallele Systeme bis zum Sankt Nimmerleinstag können wir uns als modernes Bundesland nicht leisten“, empörte sich Roland Schwing, Landrat des Kreises Miltenberg und Vizepräsident des Bayerischen Landkreistages. Eine Menge Geld für parallele Strukturen, parallele Software und komplizierte statistische Berechnungen wird laut Schwing dadurch verschwendet, dass nicht konsequent auf eine Umstellung zur Doppik hingearbeitet wird. Vor allem der Umsetzungsaufwand für das Statistische Landesamt sei eine „Zumutung“ für Kommunen mit Doppik. Schwing: „Der Freistaat soll deshalb endlich einen Umstellungszeitrahmen vorgeben.“

Für Schwing trägt Doppik dazu bei, dass bei Haushaltsbera-

tungen stärker nach Faktenlage statt „nach Bauch“ entschieden wird. Positiv ist in den Augen des Miltenbergers auch, dass ein doppischer Haushalt durch die Konzentration auf wesentliche Daten nur noch 40 Prozent des Umfangs eines kameralistischen Haushalts hat.

Finanzministerium lehnt doppelte Buchführung ab

Auch er glaube, dass es gut sei, auf Doppik umzustellen, betonte Herrmann. Es gebe jedoch nicht zuletzt deshalb keine Anweisung zu einer Umstellungspflicht für alle Kommunen, weil das Finanzministerium Doppik strikt ablehne: „Der Freistaat wird bei der Kameralistik bleiben.“ Kommunen, die das neue Buchführungssystem eingeführt haben, soll jedoch insofern entgegengekommen werden, dass sie künftig ihre Daten an das Statistische Landesamt doppisch abliefern dürfen. Die Daten werden dann dort umgerechnet. Wie es in anderen Bundesländern mit der Umstellung vorangeht, darüber will sich Herrmann im Juni bei der nächsten Innenministerkonferenz informieren.

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Unzufrieden sind Bayerns Kommunalvertreter auch damit, wie der Freistaat mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie umgeht. „Wir sind mit der Umsetzung ziemlich spät dran“, räumte Herrmann ein. Nach wie vor sei nicht entschieden, wo der einheitliche Ansprechpartner für die Dienstleistungsunternehmen implementiert werden soll. Nach Ansicht des Innenministers sind die Kommunen der richtige Ort. Allerdings hätten die Kammern starke Bestrebungen, den einheitlichen Ansprechpartner bei sich zu verorten.

Ungeklärt ist auch noch immer, welche Funktion der einheitliche Ansprechpartner haben soll. Wird er nur eine erste Anlaufadresse sein? Den Kommunen ist das zu wenig. Sie wollen eine Stelle einrichten, bei der die Anliegen des Dienstleisters zügig bearbeitet werden können. **Pat Christ**

Breitbandversorgung:

Förderverfahren beschleunigen!

Brandl: Bürokratische Hindernisse abbauen

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl fordert von Wirtschaftsminister Martin Zeil, dafür zu sorgen, dass das Bayerische Breitbandförderprogramm endlich in Schwung kommt. „Haupthindernis für das Abrufen der bereitgestellten Fördergelder durch die Gemeinden ist das aufwändige sechsstufige Verfahren, das Kommunen durchlaufen müssen, bis sie ihren Förderantrag abschicken können“, sagte Brandl.

„Es ist daher nicht überraschend, dass von den bereitgestellten 19 Millionen Euro bislang erst 1,3 Millionen Euro abgerufen worden sind. Wenn an dem komplizierten Verfahren nicht substanziell etwas geändert wird, wird das Bayerische Förderprogramm ein Flop.“ Brandl plädierte dafür, Verfahrensschritte zusammenzulegen und die Förderstellen bei den Bezirksregierungen anzuweisen, die Förderrichtlinie großzügig auszulegen. „Es sollte beispielsweise möglich sein, dass eine Gemeinde glasfasergestützte Breitbandleistungen ausschreibt. Die bisherige Vorgabe ‚technologieneutraler‘ Ausschreibung ist lebensfremd. Wenn die Bundesregierung erwartet, dass in wenigen Jahren Übertragungsraten von 50 Mbit pro Sekunde in drei Viertel der deutschen Haushalte vorhanden sind, geht das eben nur über Glasfaser“, so Brandl.

Zwang zur „anbieter- und technologieneutralen“ Ausschreibung

Das Bayerische Breitbandförderprogramm, das im Juli 2008 in Kraft gesetzt geworden ist, zeigt bislang nicht den Erfolg, den sich der Freistaat und die Kommunen erwartet haben. Ein wesentlicher Grund dafür ist der Zwang zur „anbieter- und technologieneutralen“ Ausschreibung, ohne die keine Fördergelder vergeben werden dürfen. Die EU-Kommission hat dieses Erfordernis zur Bedingung für ihre Genehmigung des Bayerischen Förderprogramms gemacht.

Bislang sind 320 Förderanträge positiv beschieden worden. Davon sind jedoch nur 20 echte Infrastrukturmaßnahmen. 300 sind lediglich Zuschüsse zu Machbarkeitsstudien. „Durch Gutachten

allein entsteht noch keine zusätzliche Breitband-Infrastruktur. Wir müssen Geld in den realen Ausbau des Glasfasernetzes fließen lassen“, sagte Brandl. „Andernfalls bleibt das Geld im Topf – und die ländlichen Räume weiterhin von schnellen Internetzugängen abgehängt.“

Brandl wies abschließend darauf hin, dass die Ankündigung von Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil, den Regelförderbetrag von derzeit 50.000 Euro auf 100.000 Euro anzuheben und die Fördersätze von 50 auf 70 Prozent zu steigern, zu begrüßen sei. Der entscheidende Punkt sei jedoch eine substanzielle Verfahrenserleichterung für die Kommunen, um den Einstieg ins Förderverfahren anzustoßen. **□**

Warnung vor Scientology-Kampagne

Die Fachstelle Jugendschutz des Amtes für Jugend und Familie Fürstentum Bayern warnt aus aktuellem Anlass vor dem Verein „Sag Nein zu Drogen, sag Ja zum Leben“. Dieser Verein hat verschiedenen Jugendeinrichtungen und Gemeindeverwaltungen im Landkreis die Zusammenarbeit im Bereich der Drogenprävention angeboten. Tatsächlich handelt es sich aber um eine Werbekampagne der Scientology Organisation aus den USA, die sich gezielt an Jugendliche und Jugendeinrichtungen wendet. „Sag nein zu Drogen, sag ja zum Leben“ ist eine mit der „Foundation for a drug-free world“ verbundene Initiative.

Auf der Homepage des Vereines ist nicht sofort erkennbar, dass es sich um einen Werbezug von Scientology handelt. Eine andere Kampagne nennt sich „Jugend für Menschenrechte“, als Absender tritt die „Youth for human rights“ auf. **□**

Mit soliden Daten Haushaltszwänge meistern

Vergleichsring mittelgroßer Städte in Bayern

Würzburg. Mittelgroße Städte in Bayern zwischen 50.000 und 150.000 Einwohnern haben sich vor zwei Jahren mit dem Ziel einer besseren strategischen Steuerung zu einem Vergleichsring zusammengeschlossen. In diesem Vergleichsring geht es um die Politikthemen Bildung, Wirtschaft, Demografie, Soziales und Umwelt.

Die Daten für das Politikfeld Bildung sind inzwischen erhoben, berichtete Dr. Siegfried Balleis, Verwaltungsratsvorsitzender der KGSt, beim Innovationstag in Würzburg. Allerdings sei die Recherche eine mühsame Angelegenheit gewesen. Es ging unter anderem um die Versorgungsquoten bei der Betreuung von Kindern unter drei sowie bei der Betreuung von Kindern im Alter zwischen drei und sechs Jahren. Die akribische Datenermittlung ergab, dass manche Stadt, die bisher von sich behauptet hatte, eine 100-prozentige Versorgung mit Kindergartenplätzen garantieren zu können, damit konfrontiert wurde, dass der Versorgungsgrad letztlich nur bei knapp über 90 Prozent liegt.

Die größte Bedeutung kommt laut Balleis jenen Daten zu, die aufzeigen, wie viele Kinder mit Sprachdefiziten in den ersten Klassen sitzen. Der Erlanger Oberbürgermeister: „Teilweise ist diese Quote extrem hoch, in manchen Schulen liegt sie bei 60 Prozent und mehr.“

Dies wiederum zeige der Kommunalpolitik, dass genau hier in Bildung investiert werden müsse. Vergleichszahlen leisten also wertvolle Hilfe bei der Haushaltsberatung. Indem aufgezeigt wird, wo mit welchem Mitteleinsatz die positivsten Effekte zu erwarten sind, wird verhindert, dass das knappe Geld im Gießkannenprinzip verteilt wird.

In wenigen Wochen werden die erhobenen Bildungsdaten anonymisiert mit ihren jeweiligen Maximal-, Minimal- und Durchschnittswerten zu den einzelnen Bildungsthemen veröffentlicht. Nachdem das Politikfeld „Bildung“ abgearbeitet ist, werden als nächstes die Themen „Wirtschaft“ und „Demografie“ in Angriff genommen.

Pat Christ



Sehr sensibel und achtsam gehen die Verantwortlichen der Gemeinde Bernried am Starnberger See mit ihren Naturschönheiten um. So entsteht für Bürger und Gäste auch im öffentlichen Raum eine Atmosphäre des Wohlbefindens. □

Garten- und Parkkultur im ländlichen Raum:

Lebensraum zum Wohlfühlen

Von Hildegard Köster, Landschaftsarchitektin

Gärten sind gut fürs Auge, das wissen wir - dass sie mehr sein können, ahnen wir. Der Garten, in welcher Form auch immer, ist Balsam für die Seele. Das Gute daran, es muss nicht unbedingt der eigene sein. Viele Gärten sind zumindest teilweise einsehbar und verbessern so die Lebensqualität aller.

Aktionen wie z.B. „Unser Dorf hat Zukunft - Unser Dorf soll schöner werden“ haben dazu beigetragen, dass der Garten nicht nur als die grüne Fläche neben dem Haus angesehen wird, sondern als ein Teil des Ganzen. Aber trotzdem können die Bemühungen der vergangenen Jahre nur als der Beginn eines neuen Bewusstseins betrachtet werden.

Ein Bewusstsein, das ständig an Bedeutung gewinnt, da die oft bedrohlich wirkenden Situationen in vielen Bereichen des Lebens einen ruhigen Pool brauchen. Wenn dieser vor der Haustür liegt, umso besser. Diese ruhige Zone des Lebens ist unmittelbar präsent und wir können ständig und unmittelbar mit wahrnehmbarem Erfolg daran arbeiten – Erfolg macht glücklich!

Bedürfnis nach grünen, öffentlichen Plätzen

Historisch betrachtet war der Garten die erste Form der Gestaltung des öffentlichen Raumes. Unsere Vorfahren begannen in der Jungsteinzeit (etwa 5500 bis 2300 v. Chr.) Bäume zu fällen, das so gewonnene Land zu kultivieren und Getreide, Gemüse und Obst anzubauen. Sie erkannten, dass die vom

Menschen gezähmte Natur ganz neue und schöne Seiten hat - die Idee des Gartens war geboren.

Die Gärten früherer Kulturen und unsere heutigen haben erstaunlich viele Ähnlichkeiten. Traditionell waren Gärten immer durch Gebäudeteile, Mauern oder Zäune eingefasst, so wurden die Ernte- oder Heilpflanzen geschützt. Der Garten als geschmückter Wohnraum war schon bei den Ägyptern bekannt. In der Antike erkannten die Menschen das Bedürfnis nach grünen, öffentlichen Plätzen, wo sie sich versammeln konnten, Handel betreiben oder an Zeremonien teilnehmen konnten. Diese Foren waren die Vorläufer unserer heutigen Stadt- und Dorfplätze, unserer öffentlichen Parkanlagen.

Schönheitsideale

Über Jahrhunderte hinweg entwickelte sich der Garten im Einklang mit den jeweils gültigen Schönheitsidealen, angepasst an gesellschaftliche Veränderungen, an den aktuellen Baustil, sowie an die Verfügbarkeit von Pflanzen und Baumaterialien.

Mit wachsendem Wohlstand veränderte der Garten im 20. Jahrhundert sein Gesicht, der

Nutzgarten verlor an Bedeutung.

Vielfach entstanden dürrtfe Rasenflächen mit nur wenigen Sträuchern - das entsprach dem Zeitgeist. Seit den 1970er Jahren ging die Entwicklung wieder in Richtung der ursprünglichen Idee des Gartens zurück, allerdings war das riesige Angebot an Pflanzen und Baumaterialien nicht unbedingt ein Segen. Die unüberschaubare Fülle des Angebotes verführte zum Konsum, mit der Folge, dass auch die gewachsenen Gärten auf dem Land, meist im Zusammenhang mit den ganzen Ortschaften, ihr Gesicht verloren.

Achtsamkeit

Die Folgen sind oftmals bedauerlich, aber keinesfalls eine Katastrophe. Vieles lässt sich wieder richten. Sensibler Umgang mit dem Vorhandenen und den vielen Möglichkeiten unserer Zeit lassen Wunder geschehen. An vielen Orten, gerade auch in Bayern, lassen sich intakte Gartenbilder innerhalb von Ortschaften bewundern, auch wenn das eine oder andere Ele-

ment aus dem Baumarkt nicht unbedingt notwendig scheint.

Beispiel Bernried

Aus der Fülle der guten Beispiele nehmen wir einmal den Gewinner des Wettbewerbs 2007 „Unser Dorf hat Zukunft - Unser Dorf soll schöner werden“, die Gemeinde Bernried am Starnberger See heraus. Hier ist die gewachsene Gartenkultur an jeder Ecke spürbar. Ob bewusst oder unbewusst haben die Bernrieder es verstanden, ihren Gärten und somit sich selbst und dem Ort eine eigenständige Identität zu bewahren. Bernried hat es geschafft eine gewachsene Gartenlandschaft über die Zeit zu retten, die sicher nicht spektakulär, aber in besonderer Weise erhaltenswert ist und die eine gute Voraussetzung für eine weitere Entwicklung bietet.

Die Kommune ist gefordert

Es ist ein lohnendes Ziel, den Garten nicht als grünen Raum neben dem Haus zu betrachten, sondern als einen Teil des Gan-

zen und damit eine örtliche Gartenkultur mit all ihren Facetten zu erhalten, weiter zu entwickeln oder neu zu schaffen. Hier ist auch die öffentliche Hand mit ihren Grünflächen in besonderer Weise gefordert. Es gibt kleine und größere Sünden, die geheilt und behutsam und durch fachliche Kompetenz begleitet zu einem Fundament in der örtlichen Gartenlandschaft entwickelt werden müssen.

Lebensraum zum Wohlfühlen

Der Schlüssel zu Identität und Unverwechselbarkeit sind Planungen, die den privaten und öffentlichen Garten in den Gesamtkontext des Dorfes stellen. Die Anlage von Gärten und öffentlichen Grünflächen, die Einbindung von Straßen und Parkflächen, erfordert nicht einmal Mut, sondern den Willen, für uns, unsere Kinder, jüngere und ältere Mitbürger einen Lebensraum zu schaffen, in dem man sich wohl fühlen kann.

Weitere Informationen: www.koester-la.de. □



Der Mercedes Unimog U 5000 unterstützt die Athos-Mönche im Kampf gegen das Feuer. □

Feuerwehr-Unimog im Inseleinsatz:

Kompaktes Konzept für unwegsames Gelände, Wald und schnelle Einsätze

Besondere Übergabe bei der Auslieferung des U 5000 an Kloster Vatopedi in Griechenland

Ein Mercedes-Benz Unimog U 5000 mit Feuerwehraufbau wurde vom Abt Archimandrit Efreim des Klosters Vatopedi auf dem Berg Athos gesegnet und in Dienst genommen.

Das Fahrzeug ist mit einem 5000-Liter-Wassertank sowie einem 400-Liter-Schaumtank ausgerüstet und wird die Mönchsrepublik im Kampf gegen Feuerattacken und übergreifende Waldbrände unterstützen. Bewährt sich der Unimog U 5000, so sollen bis 2010 weitere 20 Fahrzeu-

ge beschafft werden, um die auf der nordgriechischen Halbinsel Chalkidiki – dort befindet sich der Berg Athos – weit verbreiteten Waldbrände zu bekämpfen.

Basis ist das Unimog U 5000 Fahrgestell mit 14.100 kg zulässigem Gesamtgewicht. Der Aufbau wurde möglichst niedrig ge-

halten, so dass der Schwerpunkt des Fahrzeugs unter 1,50 Meter liegt. Die kompakten Abmessungen von 2,37 m Fahrzeugbreite, 3 m Gesamthöhe und 6,60 m Fahrzeuglänge machen die Manövrierfähigkeit des Fahrzeugs auf dem Berg und den umliegenden Waldgebieten aus.

Neben den erwähnten Tanks umfasst der Aufbau von Schlingmann zwei Frontsprühdüsen sowie einen Schaum-Wasser-Werfer mit einer Leistung von 2.400 l/min bei 8 bar. Der 5000-Liter-Wassertank besitzt zur besseren Achslastverteilung eine T-Form.

Tausende Pilger besuchen jährlich das weltberühmte Kloster, zu dem nur Männer Zutritt haben. Alle Besucher betreten die über 1.100 Jahre alte Anlage über ein schmales Tor, vor dem der Unimog U 5000 steht. □

Erleichterungen statt Bürokratie-Monster

Gemeindetag fordert Feuerwehr-Führerschein bis 7,5 t

„Der vorgelegte Entwurf des Bundesverkehrsministers zur Schaffung eines Feuerwehr-Führerscheins zum Fahren von Einsatzfahrzeugen bis 4,25 t ist völlig unzureichend und die Grundlage für ein bürokratisches Monster“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

„Wenn durch einen Sonderführerschein ein substantieller Nutzen für die Freiwilligen Feuerwehren und damit auch für die örtliche Gemeinschaft verbunden sein soll, so muss er zum Fahren von Einsatzfahrzeugen bis 7,5 t berechtigen. Die vorgesehene Regelung bis 4,25 t ist in der Praxis fast wertlos, weil weniger als 5 Prozent der Feuerwehrfahrzeuge ein so geringes Gewicht aufweisen.“ Brandl appelliert an Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, das Straßenverkehrsgesetz so zu ändern, dass Feuerwehrdienstleistende Einsatzfahrzeuge bis 7,5 t zulässigem Gesamtgewicht mit ihrem Pkw-Führerschein fahren dürfen.

Bürokratischer Aufwand

Das Bundesverkehrsministerium hat Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und der 4. Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung vorgelegt, mit dem die Einführung eines Feuerwehr-Führerscheins geregelt werden soll. Um Feuerwehr-Fahrzeuge fahren zu dürfen, müssten danach die Feuerwehrdienstleistenden eine zusätzliche Schulung und Prüfung absolvieren, die rund 1.000 Euro kosten würde. „Dieser bürokratische Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen für die Feuerwehren“, sagte Brandl. „95 Prozent aller Feuerwehrfahrzeuge sind schwerer als 4,25 t. Der Zusatz-Führerschein würde insoweit gar nichts nutzen. Wir wollen deshalb eine Regelung für Fahrzeuge bis 7,5 t. In Österreich wird seit vielen Jahren so verfahren. Warum nicht in Deutschland?“ □



Eine Marke der Daimler AG

Verbraucht bis zu 40 % weniger als ein Traktor: der Unimog U 400.

Vergleichen lohnt sich. Denn der Unimog macht sich schon an der Zapfsäule bezahlt: Mit bis zu 40 % weniger Kraftstoffverbrauch und bis zu 40 % weniger Emissionen als ein Ackerschlepper. Laut DLG-Vergleichsstudie beträgt die Kraftstoffersparnis dabei durchschnittlich 13 Liter pro Betriebsstunde. Mehr Informationen bei Ihrem Unimog-Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog



Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beuthauser.de

Würzburg will vom historischen Umbruch profitieren

Durch Landesgartenschau soll ehemaliges US-Gelände grüner Stadtteil werden

Die Amerikaner sind abgezogen. Sie lassen unter anderem die Leighton Barracks, ein Militärgelände von 135 Hektar Fläche, zurück. Eine Landesgartenschau 2016 (LGS) soll das Entstehen eines grünen Stadtteils gegenüber dem Hubland-Campus der Universität anstoßen. Im Vorfeld der Würzburger LGS-Bewerbung fand eine Bürgerbegehung des noch verschlossenen Gebietes statt.

Mehr als 50 Mitglieder der Bürgerplanwerkstatt zur Erschließung des Leighton-Areals trafen sich zu einer Begehung des alten und des vielleicht neuen LGS-Geländes. Die Stadt hat bereits 1990 eine vielbeachtete Landesgartenschau durchgeführt. Jüngst wurde das Konzept für die LGS 2016 in München präsentiert. Jetzt bereitet die Vergabekommission die Bewerberorte, zu denen auch Fürstfeld-

scher Pflege wie vor 19 Jahren. Aus dem Festungshang ist ein grüner Begegnungsraum geworden. Ökohaus, bewachsene Eingangspyramide und Themengärten der Partnerstädte gehören zu den festen Größen im Stadtbild.

Aus Fehlern lernen

Der Wasserspielplatz hat mehr Anziehungskraft als das nahe gelegene Erlebnisbad. Aus Fehlern

große freie Grünflächen, Alleen und Gebiete mit jungen Bäumen. Nur ein Drittel der Fläche ist mit Straßen, Wegen, Plätzen, Schul- und Verwaltungsgebäuden versiegelt.

Ein großer Teil der Bausubstanz stammt noch aus den Vorkriegsjahren, wurde aber stets auf dem Laufenden gehalten. Reges Interesse bestehe vor allem an den Offiziers-Villen, war zu hören. Die Frage nach rechtlichen Verhältnissen in Bezug auf eine Gartenschau der Stadt wurde von anwesenden lokalen Bundes- und Landespolitikern abgewiegt. Man könne mit dem Eigentümer reden und verhandeln. Auch wenn die Stadt kaum Gelände kaufen könne, sei über die Planungshoheit sowie ein System von Pacht- und Duldungsverträgen eine Landesgartenschau kein Problem.

Riesenchance

Der Oberbürgermeister sieht in dem historischen Umbruch für

Neuer Unitrac 82 von Lindner:

Werksausstellung war Besuchermagnet

Mehr als 6.000 Besucher in Kundl - Kommunaltag als fixer Informationstermin für Gemeindevertreter

Kundl - Mehr als 6.000 Besucher informierten sich bei der Lindner-Werksausstellung über die gesamte Fahrzeugpalette des Unterländer Landmaschinenspezialisten. Im Mittelpunkt des Kommunaltages, der den Auftakt der viertägigen Leistungsschau bildete, stand die Geotrac Serie 4.

Mit der gelben Kommunalausführung des Geotrac 124 bedient Lindner den Wunsch der Gemeinden nach leistungsstarken Fahrzeugen. Die kommunale 50 km/h-Ausführung des Geotrac 124 verfügt unter anderem über eine beheizbare Frontlader-Freischichtscheibe sowie über eine 4-fach-Heckzapfwelle mit Anlaufsteuerung. „Der Geotrac 124 hat bereits die ersten Hätetests im kommunalen Winterdienst erfolgreich gemeistert, das Interesse der Gemeinden am Traktor ist groß“, konnte Geschäftsführer Hermann Lindner eine positive Bilanz ziehen.

Neben dem kommunalen Geotrac 124 entwickelt sich die gesamte Serie 4 zum Verkaufsschlager. Hermann Lindner: „Seit dem Roll-out Mitte 2008 wurden bereits mehr als 200 Modelle in Kundl produziert, heuer sollen 250 Traktoren die Ferti-gungsstraße verlassen.“

die Stadt eine Riesenchance. Schon mehrfach hat die Stadt von historischen Umbrüchen profitiert. So wurden das Glacis, Erdaufschüttungen der alten Stadtbefestigung, die aus militärischen Gründen keinen toten Winkel zulassen, eines Tages nicht mehr gebraucht. Würzburg entwickelte aus dem rasierten Grün vor den Toren ab 1867 einen vielgestaltigen und international beachteten Ringpark. Die „grüne Lunge“ rings um die City ist stadtpflegend geworden und heute nicht mehr wegzudenken. 1990 entstand auf zugeschütteten Gräben am Fuß der Festung Marienberg, zum Teil im Schatten mächtiger Befestigungsanlagen, die Landesgartenschau.

Initialzündung

Heute gilt das Gebiet des Zeller Grabens, wo früher einmal der Main mit einem Seitenarm hineinragte, als intakter und sehr beliebter Naherholungsraum. Mit dem Abzug der Amerikaner wird nun ein ehemaliges militärisches Sperrgebiet, so groß wie die Innenstadt innerhalb des Ringparks, für die Stadtentwicklung frei. Eine Landesgartenschau 2016 könnte zur Initialzündung für den neuen grünen Stadtteil werden.

wkn

demopark und demogolf 2009:

Umfassendes Spektrum an Rasenpflegetechnik

Vom 21. bis 23. Juni können Landschaftsgärtner, kommunale Pflegeprofis, Platzwarte und Greenkeeper auf der demopark 2009 ein umfangreiches Spektrum an Grünflächenpflegetechnik erleben. Wer professionell Grünflächen, Sport- und Golfplätze anlegt oder pflegt, sollte sich diesen Termin vormerken.

Ob Großflächenmäher, Kompakttraktoren oder Böschungsmäher, Zero-Turn-, Mulch- oder Sichelmäher, Einachser mit diversen Anbaugeräten, Spezialmaschinen für die Golf- und Sportplatzpflege, Aerifizierer, Vertikutierer, Tiefenbelüfter, Rasenbaumaschinen oder Sodenschneider - das Ausstellungsspektrum für die professionelle Rasenpflege auf der demopark und demogolf 2009 ist einmalig in ganz Europa. Viele Hersteller präsentieren ihre komplette Produktrange.

Der Clou: Die meisten Maschinen und Geräte lassen sich in entspannter Atmosphäre von den Fachbesuchern selbst ausprobieren. So kann sich der Profianwender gezielt mit der neuesten Technik für die Erledigung seiner vielfältigen Aufgaben vertraut machen. Rund 400 Aussteller werden ihre Innovationen auf dem 25 Hektar großen Gelände des Flugplatzes Eisenach-Kindel live präsentieren.

Für den Profianwender steht neben dem Bedienkomfort die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Mähgeräte im Vordergrund. Darüber hinaus spielt der Umweltaspekt eine im-

mer wichtigere Rolle. Leise Pflegegeräte, die bei gleicher Leistung weniger verbrauchen und auch weniger Kohlendioxid und Feinstaub ausstoßen, liegen im Trend. Schließlich wollen die Verantwortlichen für das private und öffentliche Grün selbst mit gutem Beispiel voran gehen.

In Großbritannien haben zahlreiche Kommunen ihre kompletten Pflegeflotten auf Gasantrieb umgestellt. Auch Stadtgrün Bremen wird künftig mehrere flüssiggasbetriebene Aufsitzmäher in Betrieb nehmen. Darüber hinaus signalisiert der Eigenbetrieb sein verstärktes Engagement für die Umwelt. Dank der sauberen Verbrennung des Flüssiggases werden Schadstoffe wie Blei, Schwefel, Öldämpfe, Kohlenmonoxid und Feinstaub weitgehend eliminiert. Der Gasantrieb hat darüber hinaus eine Verringerung des klimaschädlichen Kohlendioxidausstoßes um 15 Prozent zur Folge. Unter dem Motto „Spitzentechnologie für nachhaltiges Grün“ werden gasbetriebene Profimäher und andere alternative Antriebstechniken im Rahmen der „Baumspirale“ zu sehen sein. Weitere Informationen unter www.demopark.de. □



Die Flugzeughalle aus den 30er Jahren diente der Amerikanischen Gemeinde auf dem Leighton-Gelände u. a. als Theater. Eine Aufwertung des Geländes wäre schon aus optischen Gründen ein Gewinn. Foto: wkn

bruck, Neuburg an der Donau, Bayreuth und der Landkreis Miltenberg gehören. Noch im April soll die Entscheidung über den Austragungsort fallen. Unterfranken wurde bisher erst einmal mit einer Landesgartenschau berücksichtigt. Gegen die Bewerbung Würzburgs spricht, dass die Stadt diese grüne Schau schon damals durchführen durfte. Für die Stadt spricht, dass die LGS in Würzburg ökologisch richtungsweisend war und mit 2,5 Millionen Besuchern den Allzeitrekord hält. Außerdem hat die LGS eine urbane Entwicklung am Fuß der Festung angeschoben, die bis heute positiv nachwirkt.

Grüner Begegnungsraum

Davon konnte sich die Bürgerplanwerkstatt vor Ort überzeugen. Eine Führung durch Fachleute der Stadt machte klar, welche Bedeutung dem ehemaligen LGS-Gelände heute zukommt. Bis auf wenige Elemente, die zurückgebaut wurden, präsentiert sich die Anlage dank städti-

wie zum Beispiel ungünstigen Materialien für Brücken, Stege und Wege, wurde gelernt. Mit Sanierungen will man dagegen steuern. Auch der Entwicklung des Leighton-Areals werden diese Erfahrungen dienlich sein.

Immobilienverwertung

Das Leighton-Gelände, heute im Besitz der Bundesrepublik, ist noch fest verschlossen und wartet auf seine Immobilienverwertung. Dennoch war mittels einer Sondergenehmigung eine Rundfahrt mit eingestreuten Spaziergängen möglich. Unter Führung von Oberbürgermeister Georg Rosenthal und Umweltreferent Wolfgang Kleiner konnten Gäste und Medienvertreter einen Eindruck von der Größe des Geländes erhalten, das wie ein Balkon über dem Talkessel gegenüber der Festung liegt. Ebene Flächen wie das Flugfeld wechseln mit leicht welligen Formationen mit größtenteils intakter Wohnbebauung sowie stärker strukturierten Gegenden mit altem Baumbestand ab. Es gibt



Reges Interesse herrschte bei der Lindner-Werksausstellung an Traktoren-Qualität aus Tirol. Foto: Lindner

Mobile Sammelstellen

Schadstoffe stellen ein erhebliches Gefahrenpotenzial für Luft, Boden und Grundwasser dar, wenn sie nicht fachgerecht entsorgt werden. Es besteht eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung für die umweltgerechte Entsorgung. Die Sammlung von Schadstoffen aus privaten Haushalten hat in jeder Stadt ihre festen Termine im Umweltkalender. Bei den Sammlungen können z.B. Farbreste, Pflanzenschutzmittel, Medikamente, Lösungsmittel an Schadstoffmobile oder an stationäre Sammelstellen in bestimmten Mengen kostenlos abgegeben werden.

Als renommierter Hersteller von umweltgerechter Lagertechnik hat die Firma Bauer aus Südlahn neben stationären auch mobile Sammelstellen in ihrem Fertigungsprogramm.

Diese mobilen Sammelstellen können mit herkömmlichen Containerfahrzeugen aufgenommen und an beliebigen Orten aufgestellt werden. Im Gegensatz zu den Schadstoffmobilen kann hier das Fahrzeug während der Sammlung anderweitig genutzt werden, z.B. um einen Abrollcontainer für Schrott abzuholen. Teure Standzeiten werden vermieden

und das mit hohen Investitionskosten behaftete Fahrzeug kann effizienter eingesetzt werden.

Das Südlahn Unternehmen fertigt jede Sammelstelle nach kundenspezifischen und gesetzlichen Anforderungen. Variable Größen der Annahme- und Arbeitsbereiche, nicht brennbare Außenwände, Heizung/Klimatisierung, unterschiedliche Aufgangsvolumen, elektrische Ausrüstung, Regale, Sicherheitsbehälter etc. sind lieferbar. Dabei erfüllen die Sammelstellen die besonderen Anforderungen der TRGS 520. □



Ganz auf den individuellen Bedarf zugeschnitten werden die mobilen Sammelstellen der Bauer GmbH aus Südlahn. □

Bayerische Landessiedlung®
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU

Baulandbeschaffung
mit Baureifmachung, Erschließung und Bodenordnung

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Obersees, Oberfranken
Umfeldplanung u. integriertes
Entwicklungskonzept der Theme

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Bayerische Abfall- und Deponietage 2009:

Stoffströme und Deponietechnik

Bereits zum zehnten Mal in Folge veranstaltete der Förderverein KUMAS in enger Kooperation mit dem Ingenieurbüro Abfallwirtschaft und Umwelttechnik (AU Consult GmbH), dem bifa Umweltinstitut – Bifa GmbH sowie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) die Bayerischen Abfall- und Deponietage in Augsburg. Neben einem Überblick über die aktuelle rechtliche Entwicklung stand bei dieser praxisorientierten Konferenz vor allem das Thema „Stoffstromwirtschaft“ im Blickpunkt des Interesses. Auch über die neuesten Trends bei der Deponietechnik wurde erneut ausführlich diskutiert. Begleitet wurde die zweitägige Veranstaltung von einer Fachausstellung, auf der sich branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister den 350 Fachbesuchern präsentierten.

Zur Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise und vor dem Hintergrund weltweit steigender Energie- und Rohstoffpreise ist eine möglichst effiziente Nutzung von Ressourcen gefordert. Das Stoffstrommanagement dient als geeignetes Instrument einer umfassenden Rohstoffwirtschaft. Dabei geht es nicht mehr darum, Abfälle zu „entsorgen“, sondern vielmehr darum, ihre stofflichen und energetischen Potenziale zu identifizieren und sie als Wertstoffe oder Energieträger in die Wirtschaftskreisläufe zu überführen. In mehreren Referaten wurden Energie- und Stoffstromkonzepte aus dem Bereich der Biomasse vorgestellt und diskutiert. Am Nachmittag beleuchteten Vorträge die rechtlichen Rahmenbedingungen von Stoffströmen – so zur Verpackungs- und zum Elektrogesetz.

Jährlich werden in Deutschland mehr als 1 Million Tonnen ausgedienter Elektro- und Elektronikgeräte prognostiziert. Voraussetzung für ihre hochwertige und umweltgerechte Verwertung ist eine erfolgreiche Sammlung dieser Geräte. Die Deutsche Umwelthilfe e.V. DUH hat daher das VIVO Kommunalunternehmen für Abfall-Vermeidung, Information und Verwertung im Oberland mit Sitz in Warngau, Landkreis Miesbach für seine vorbildliche verbraucherfreundliche und erfolgreiche Sammlung von Elektroaltgeräten mit dem „Green Electronics-Preis November 2007“ ausgezeichnet.

Wie Geschäftsführer Walter Hartwig betonte, sammelt das VIVO Kommunalunternehmen im Landkreis Miesbach über 10 Kilogramm Elektroschrott pro Einwohner und Jahr. Das ist mehr als doppelt so viel als das im Elektrogesetz vorgegebene Ziel von 4 Kilogramm pro Person und Jahr. Diese Leistung schaffe VIVO unter anderem durch eine vorbildliche Abfallberatung und einen ständigen Dialog mit den Bürgern im Landkreis sowie durch die attraktiven Rückgabemöglichkeiten und ein dichtes Netz von Wertstoffhöfen.

Laut dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) müssen seit März 2006 alle alten Elektrogeräte getrennt gesammelt und anschließend wieder verwendet oder umweltgerecht verwertet werden. So wird vermieden, dass wertvolle Rohstoffe und gefährliche Schadstoffe im normalen Hausmüll landen. Das VIVO Kommunalunternehmen bietet den 95.000 Einwohnern im oberbayerischen Landkreis Miesbach an insgesamt 17 Wertstoffhöfen kostenlose Rückgabemöglichkeiten von Elektro(nik)-Altgeräten – das entspricht im Durchschnitt einem Wertstoffhof pro 5.600 Einwohner. Mit einer von VIVO vorgefertigten und an die Haushalte verteilten Karte können die Bürger gegen eine Transportpauschale auch unkompliziert die Abholung von Elektroaltgeräten von Zuhause bestellen.

„Abfall ist mittlerweile zu einer wertvollen Ressource geworden“, betonte Umweltsenatorin Melanie Huml bei der Eröffnung der Abfall- und Deponietage. Auch Bioabfälle seien mittlerweile eine „Schatzkiste an Ressourcen“. Mit rund 1,6 Millionen Tonnen wurde annähernd

rechnet rund 40.000 Tonnen Heizöl. Dadurch könnten rund 100.000 Tonnen CO₂ eingespart werden. Sie liefern so einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Im Freistaat sorgt der Staatssekretärin zufolge die thermische Behandlung von Abfällen und die hocheffektive Verwertung dafür, dass jährlich etwa 13 Millionen Tonnen CO₂ vermieden werden. Durch Bayerns erfolgreiche Kreislaufwirtschaft ist seit Anfang der 90er Jahre das Gesamt-Abfallaufkommen mit etwa 6 Millionen Tonnen im Jahr konstant, die Reststoffmenge konnte halbiert und die Verwertungsquote auf 71 Prozent gesteigert werden, und das bei 35 Prozent Wirtschaftswachstum und 1 Million Einwohnerzuwachs. „Im Freistaat gilt: Abfallvermeidung vor

Wiederverwertung“, so Huml auf der diesjährigen Jubiläumsveranstaltung. Vor der Ablagerung auf Deponien müsse die umweltverträgliche Behandlung stehen.

Die getrennte Erfassung und Behandlung von Abfällen ist eine tragende Säule der bayerischen Abfallwirtschaft. So konnte in Bayern der Trend zu wachsenden Abfallbergen frühzeitig gestoppt werden, fuhr Huml fort. Bayern verfügt über 16 thermische Abfallbehandlungsanlagen, „die uns jedes Jahr rund 750.000 Tonnen Heizöl ersparen“, eine Sonderabfallverbrennungsanlage und ausreichend Deponievolumen. Damit stehen nach Humls Darstellung genügend Kapazitäten zur Verfügung, um sämtlichen anfallenden Restmüll thermisch zu behandeln und die Behandlungsrückstände zu entsorgen. Waren es 1990 noch über 4 Millionen Tonnen jährlich, so wird heute kein unbehandelter Hausmüll mehr auf Deponien abgelagert.

„Schadstoffe müssen aus dem Kreislauf raus und in modernen Deponien abgelagert werden. Sie dürfen nicht in unsere Umwelt und ins Wasser gelangen“, machte die Staatssekretärin deutlich.

Am zweiten Veranstaltungstag standen unter dem Thema „Renaissance der Deponien?“ aktuelle Entwicklungen der Deponien, insbesondere im rechtlichen Bereich, Anforderungen an die Errichtung von neuen Deponien sowie die Deponienachsorge und die Sanierung von Altdeponien im Fokus. Anhand von Praxisbeispielen – darunter die Deponien Bad Königshofen, Herbstadt und Oberlangheim – wurde deutlich, dass eine Umsetzung erfolgt.

Mit dem Ende der Übergangsfrist beginnt für viele bislang betriebene Altdeponien mit Juli 2009 die Stilllegungsphase. Für die lange Zeit der Nachsorgephase von, nach heutiger Sicht nicht

unter 30 Jahren (Bauschuttdeponien 10 Jahre), ist eine Fülle von Maßnahmen erforderlich, wie Manfred Eberle, R & H Umwelt GmbH, Nürnberg, erläuterte. Profilierung der Ablagerungsfläche, Sanierung betrieblicher Einrichtungen, Ertüchtigung von Deponiegaserfassung, Planung, Genehmigung und Errichtung der Oberflächenabdichtung unter besonderer Berücksichtigung gleichwertiger Alternativen und schließlich Rekultivierung seien zentrale Bausteine dieser Übergangsphase. „Was hier versäumt oder verspielt wird, zieht dauerhafte Lasten in der Nachsorgephase nach sich“, so Eberle.

R & H Umwelt sei ein Ansprechpartner, der aus der Kenntnis vieler Ablagerungen die für den individuellen Fall am besten geeigneten Alternativen herausarbeite und eine zugeschnittene Lösung entwickle – frei von eingefahrenen Blickwinkeln in der Vorsorge für die Nachsorge. **DK**



Ein Stück Bayern

Als bayerisches Traditionsunternehmen engagieren wir uns für Jugend, Sport, Soziales und Kultur – aus Verantwortung für die Region.

www.eon-bayern.com

e-on | Bayern

Fachtagung Thermische Abfallbehandlung in München:

Emission und Effizienz

Bei der 14. Fachtagung Thermische Abfallbehandlung in München, veranstaltet von den Technischen Universitäten München und Dresden sowie der Uni Kassel, standen aktuelle politische und rechtliche Änderungen und deren Auswirkungen auf den Betrieb von Müllverbrennungsanlagen sowie die Energieeffizienz und die Weiterentwicklung des Innovationspotenzials im Mittelpunkt der Diskussion.

Wie Prof. Dr. habil. Uwe Lahl vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit betonte, wolle die Bundesregierung mit ihrem Integrierten Energie- und Klimaprogramm schon bis zum Jahr 2020 40 Prozent weniger Treibhausgasemissionen erreichen als 1990. Deshalb habe sie Maßnahmen für alle energieintensiven Bereiche entwickelt: neben der Energiewirtschaft auch im Wärmebereich, für Haushalte und Industrie und im Verkehrsbereich.

Konsequenter Ausbau

Laut Dr. Norbert Brückl vom bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, der sich mit der thermischen Abfallbehandlung in Bayern befasste, ist das erklärte Ziel „der konsequente Ausbau mit ökologisch und ökonomisch verantwortbaren Entsorgungseinrichtungen zur Verwertung, Behandlung und Ablagerung von Abfällen“. Die sichere Entsorgung war und ist zu garantieren. Mit finanziellen Zuwendungen zur Errichtung der Anlagen und Maßnahmen zur Akzeptanzförderung (Broschüren, Studien und ähnliches) sollten die Kommunen zu einer zügigen Umsetzung angehalten werden.

„Der effizienten Nutzung von

vorhandenen Potenzialen und der Erschließung erneuerbarer Energiequellen kommt in Zeiten knapper werdender Ressourcen und absehbarer Klimaveränderungen eine zunehmende Bedeutung bei“, hob Conrad Tschersich von der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH in Wuppertal hervor. Um die ambitionierten Umweltschutzziele zu erreichen, sei es notwendig, möglichst alle Optionen zu nutzen. Hierbei sollte allerdings auch die Kosten-Nutzen-Relation nicht außer Acht gelassen werden.

Gewinn für die Umwelt

Die Wärme aus Müllheizkraftwerken stelle eine „sowie-so“ Energie dar, sprich „sie ist sowieso da, ob genutzt oder nicht“. Diese Energiequelle anzupapen und möglichst optimal zu nutzen, sei daher in jedem Fall ein Gewinn für die Umwelt. Die Energie könne als Strom, Wärme oder, energetisch besonders günstig, gemeinsam (KWK-Prozess) abgegeben werden. Die Abgabe von Strom stelle aufgrund der hohen Stromnetzichte und der relativ geringen Kosten einer Netzanbindung meist kein Problem dar. Die energetisch sehr sinnvolle zusätzliche Wärmeabgabe scheitere bisher aufgrund der

meist verbrauchsfernen Anlagenstandorte aber vielfach an den hohen Leitungskosten.

Die sinnvolle Nutzung der bei der Abfallverbrennung frei werdenden Energie sei indes kein neues Thema, stellte Tschersich dar. So wurde zum Beispiel in der ersten Müllverbrennungsanlage im heutigen Wuppertaler Stadtteil Barmen schon vor über 100 Jahren die bei der Verbrennung frei werdende Energie genutzt. Die Anlage hatte zwei Turbinen mit einer elektrischen Leistung von 750 kW und 400 kW. Schon damals wurde der überwiegende Teil der Stromproduktion abgegeben. An die Wärmeversorgung waren unter anderem zwei Badeanstalten angeschlossen, die so etwa 36.000 Zentner Kohle pro Jahr sparten. Diese Kostenersparnis ermöglichte es, dass die Bäder ohne laufenden Zuschuss der Stadt betrieben werden konnten.

Blick über die Grenzen

Neben der klassischen Müllverbrennung diskutierten die Teilnehmer auch ausführlich die Technologie des Carbon Capture and Storage als möglicher Beitrag zur Entlastung des CO₂-Haushaltes. Im Themenfeld „Abfallverbrennung weltweit“ wurde traditionsgemäß der Blick über die europäischen Grenzen hinaus gerichtet. Auf der Basis ausländischer Erfahrungen in Sao Paulo/Brasilien stellte man die Möglichkeiten zum Export deutscher Anlagenverfahrenstechnik in den weltweiten Markt dar.

Mit seinem Festvortrag über „Das grüne Paradoxon“ rundete der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. Hans-Werner Sinn die Tagung ab. Unter dem Eindruck der globalen Finanzkrise und gleichzeitig steigendem Energie- und Ressourcenverbrauch bekam die Rede besonderes Gewicht. Die Kernthesen zeigten die Schwachstellen der derzeitigen Umweltpolitik aus der Sicht des Volkswirtschaftlers auf und plädierten zugleich für eine illusionsfreie künftige Klimapolitik im globalen Maßstab.

„Nach meiner festen Überzeugung sind die umweltpolitischen Maßnahmen, die bislang in der EU gegen den Treibhauseffekt ergriffen wurden, im Wesentlichen wirkungslos, wenn nicht gefährlich, weil sie die Angebotsseite auf dem Weltmarkt für fossile Brennstoffe völlig außer Acht lassen“, sagte Sinn. Es sei ein Faktum, dass diese Maßnahmen die Kurve des weltweiten CO₂-Ausstoßes bislang nicht haben günstig be-

(15 im Vorjahr) geliefert. Ca. 26.800 t Bioabfall brachte man zur Verwertung zu 7 Anlagen außerhalb Bayerns.

Weniger Restabfall

Im Jahr 2007 fielen insgesamt 2.355.588 t Restabfall an. Dies entspricht einem Rückgang um 3,2 % zu 2006. Für die Haushaltsabfälle, die sich aus Haus-, Geschäfts- und Sperrmüll zusammensetzen, war 2007 ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Die hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle sanken dagegen deutlich. Das Gesamttafellaufkommen pro Einwohner fiel von 506,7 kg in 2006 auf 503,2 kg. Die erfasste Wertstoffmenge übersteigt in den letzten Jahren die jeweilige Restabfallmenge deutlich.

Die 2007 in Bayern angefallene Restabfallmenge von 2.355.588 t wurde zu 98,1 % thermisch behandelt. Einer mechanisch-biologischen Vorbehandlung wurden ca. 36.000 t

einfließen können, und es stehe zu befürchten, dass sie sogar zur Beschleunigung des Ausstoßes beigetragen haben. Die Angst vor grüner Politik, die ihren Instrumentenkasten immer weiter ausdehnt, erhöhe das Angebot fossiler Brennstoffe, statt es zu drosseln. Sie entfalte damit ähnlich konterproduktive Wirkungen wie die Angst der Ressourcenbesitzer vor einem Verlust ihrer Eigentumsrechte durch politische Umwälzungen in ihren Ländern. Beide Ängste könnten erklären, „warum der Ölpreis selbst im Winter 2007/2008, als er die 100-Dollar-Marke überschritt, inflationsbereinigt niedriger war als auf dem Höhepunkt der zweiten Ölkrise, ein viertel Jahrhundert zuvor“.

„Das grüne Paradoxon“

Blinden Aktionismus, der die Marktkräfte missachtet und von der naiven Vorstellung ausgeht, dass man die Produktion von Kohlendioxid drosseln kann, indem man unilateral die Nachfrage nach Kohlenstoffen verringert, bezeichnete Sinn als „nutzlos und kontraproduktiv“. Quellensteuern auf Kapitalerträge seien recht sichere Anreizmechanismen, die den Abbau fossiler Brennstoffressourcen und damit die Erwärmung der Erde verlangsamen.

Viele Umweltökonomem empfehlen Sinn zufolge ein neues Kioto-Protokoll mit bindenden Mengenbeschränkungen, das durch einen weltweiten Handel mit Emissionszertifikaten ergänzt wird und an dem alle Länder teilnehmen. Auch diese Empfehlung könne man unterschreiben, denn ein wirklich lückenloses Nachfragemonopol könnte die Mengen diktieren und bräuchte sich nicht mehr auf Preissignale zu verlassen.

Falscher Ansatz

„Das Problem entsteht nur, wenn die Politik graduell vorgeht und im Laufe der Zeit immer mehr Länder zu einer Beschränkung ihres Verbrauchs fossiler Brennstoffe veranlassen will“, fuhr Sinn fort. Ein solches Vorgehen würde einen mit fortschreitender Zeit immer stärker werdenden komparativen Preissenkungseffekt erzeugen, was eine Beschleunigung der Extraktion wahrscheinlich mache. Leider sei genau dies der Ansatz, den die EU derzeit verfolgt, meinte der ifo-Präsident: „Sie geht, wie sie meint, mit gutem Beispiel voran und versucht dann, andere Länder mit ins Boot zu holen. Nach der Analyse dieses Beitrags muss befürchtet werden, dass ein solcher Ansatz den Klimawandel eher noch beschleunigt.“ **DK**

Restabfall, was 1,5 % entspricht, zugeführt. Alle Körperschaften in Bayern behandelten den in ihrem Gebiet angefallenen Restabfall oder Teilmengen davon in thermischen Anlagen. Bayernweit standen zur thermischen Behandlung 16 Anlagen mit einer Gesamtkapazität von ca. 3,2 Mio. t zur Verfügung.

Ende des Jahres 2007 waren in Bayern weiterhin 36 Deponien der Deponieklasse I und II in Betrieb. Die gesamte Ablagerungsmenge fiel von ca. 582.000 t in 2006 auf rund 485.000 t. Der Anteil der abgelagerten Menge an Aschen und mechanisch-biologisch vorbehandelten Abfällen betrug rund 170.000 t. Auf den Deponiestandorten in Bayern wurden im Bilanzjahr knapp 800.000 t Abfälle bei Verwertungsmaßnahmen eingesetzt. Ende 2007 stand in Bayern ein genehmigtes Restvolumen der Deponieklassen I und II von 13,5 Mio. m³ zur Verfügung. **DO.**

Mit dem Enterprise Portal und SAP:

Frankfurt sauber halten!

„Wir halten die Stadt Frankfurt sauber!“ Frei nach diesem Motto reinigt die Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) wöchentlich 31 Mio. Quadratmeter der Metropole Frankfurt. Um die Daten von Kunden und Mitarbeitern optimal zu verwalten, führte man 2005 ein webbasiertes Enterprise Portal ein. Im Zusammenspiel mit SAP optimiert das Portal seitdem die internen Arbeitsabläufe.

Die FES-Unternehmensgruppe ist mit 1.500 Mitarbeitern das größte Entsorgungsunternehmen in der Rhein-Main-Region. Neben den einzelnen Reinigungs- und Entsorgungsdienstleistungen umfasst das Leistungsportfolio der FES auch komplexe, auf die Bedürfnisse der Kunden abgestimmte Systemlösungen. Um die Daten von Kunden und Mitarbeitern optimal zu verwalten und die internen Arbeitsabläufe zu optimieren, suchte man 2005 nach einer webbasierenden Lösung.

Nachdem man bei der FES verschiedene Produkte in die engere Wahl genommen hatte, entschied man sich schließlich für den Aufbau eines Unternehmensportals mit der branchenneutralen Portalsoftware Intrexx Xtreme des Freiburger Softwareherstellers United Planet. Diese Software wusste vor allem durch ihre einfache Bedienbarkeit sowie ihre Schnelligkeit zu überzeugen. So konnte das neue Portal innerhalb kürzester Zeit aufgebaut und produktiv eingesetzt werden.

Zweigeteiltes Portal

Das Intrexx-Portal der FES ist in zwei Teile aufgeteilt: Der eine Teil fungiert als Standard Intranet und umfasst Applikationen, die von allgemeinem Interesse für alle Mitarbeiter des Unternehmens sind. Alles was früher umständlich über Papier gelaufen ist, wird nun auf elektronischem Wege abgewickelt. Urlaubsanträge werden nun genauso über das Portal gemanagt wie die Buchung von Mitarbeiter-Schulungen. Darüber hinaus wird nun auch der gesamte Dokumentenfluss im Portal abgewickelt.

Der zweite Teil des Portals beinhaltet spezielle Informationen und Workflows für die EDV-Abteilung der FES. Hier gibt es beispielsweise eine Helpdesk-Anwendung, über die die Mitarbeiter sich bei technischen Problemen direkt an die EDV-Abteilung

wenden können. Die Mitarbeiter der EDV-Abteilung werden dann per Mail über das spezielle Problem informiert und können dieses zeitnah beheben.

Daneben erleichtern zahlreiche innovative Anwendungen im Portal der FES die Arbeitsabläufe des Entsorgungsunternehmens. Eine dieser Applikationen sorgt beispielsweise nun dafür, dass es keine langen LKW-Schlangen mehr vor den Kompostierungsanlagen für biogene Abfälle gibt. Dies war früher immer dann der Fall, wenn zu viele Fahrzeuge an einer Anlage darauf warteten, auf die Waage zu fahren, um ihre geladene Abfallmenge zu messen. Nun verfügen alle Niederlassungen über ein Kamerasystem, das alle LKW registriert, die an dieser Anlage auf die Messung ihrer Ladung warten. Wird die Schlange vor einer Waage zu lang, wird dies in Intrexx erfasst und automatisch eine SMS an den Verantwortlichen gesendet, der die Wagen dann zu einer anderen Niederlassung schicken kann.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Systems ist die Anbindung von Intrexx und SAP. Diese funktioniert mithilfe eines speziell von United Planet entwickelten Business Adapters, mit dem Daten bidirektional aus SAP in Intrexx und umgekehrt übertragen werden können. Ein Workflow, der durch das Zusammenspiel von Intrexx und SAP künftig erleichtert wird, ist die Erfassung der Arbeitszeiten der Mitarbeiter. Diese läuft bei der FES allgemein über die Stechuhr. War es bislang so, dass die Daten automatisch in Intrexx erfasst und am Ende des Workflows per Hand in das SAP-System übertragen werden mussten, so wird dieser Arbeitsschritt mithilfe des Business Adapters in Zukunft automatisch geschehen. Auch die nachträgliche Bearbeitung von falsch erfassten Arbeitszeiten wird auf diese Weise einfach möglich sein. **□**

Gemeindeeigene Hausmülldeponien:

Tickende Zeitbomben

Die Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien kommt gut voran und soll im Rahmen des 2006 eingerichteten Altlastenunterstützungsfonds über das Jahr 2010 hinaus fortgesetzt werden. Im Unterausschuss des Landtags waren sich Umweltstaatssekretärin Melanie Huml und die Sprecher aller Fraktionen einig.

Von rund 1000 Standorten in Bayern, die bisher nach einer Prioritätenliste erkundet wurden, muss ein beträchtlicher Teil als umweltgefährlich bewertet werden. Bis jetzt wurden für 132 Deponien Sanierungsanträge gestellt. Bis Ende kommenden Jahres könnten es etwa 250 werden.

Der bei der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB) eingerichtete und mit 50 Mio. Euro ausgestattete Fonds sei von den Gemeinden sehr gut angenommen worden, berichtete die Staatssekretärin in einer Halbjahresbilanz. Der Fonds wird paritätisch finanziert durch Beiträge des Freistaats und der kreisangehörigen Gemeinden. Insgesamt konnten zur Halbzeit des Programms 102 Maßnahmen mit Zuschüssen von rund 18,4 Mio. Euro genehmigt werden, was ein Auftragsvolumen für die Wirtschaft von etwa 21,3 Mio. Euro bedeutet. Die Selbstbeteiligung der Gemeinden beträgt 1,5 % ihrer Umlagekraft, mindestens 20.000 und höchstens 200.000 Euro.

Die bislang auf ihr Umweltrisi-

ko geprüften 1000 der insgesamt 4500 ehemaligen gemeindlichen Hausmülldeponien stammen im wesentlichen aus der Zeit vor 1972. Sie genügen, so Frau Huml, nach heutigem Stand häufig nicht mehr den Anforderungen an den Schutz der wertvollen Ressourcen Boden und Grundwasser. „Wir wissen, dass es weitergehen muss“, versicherte die Staatssekretärin. Um alle Fälle der obersten Prioritätsstufe abzuarbeiten, seien noch rund 300 Mio. Euro erforderlich, was bei gleich bleibender Finanzierung etwa 30 Jahre dauern würde.

Ausschussvorsitzender Dr. Christian Magerl (Grüne) forderte, beschleunigt zu sanieren und entsprechend zu finanzieren. Ludwig Wörner (SPD) sprach von tickenden Zeitbomben. Tobias Thalhammer (FDP) forderte einen weiteren Bürokratieabbau bei der Bearbeitung der Anträge. Johannes Hintersberger (CSU) war gleicher Meinung. Über die haushaltsmäßige weitere Förderung müsste in den kommenden Haushaltsberatungen entschieden werden. **rm**

Abfallbilanz 2007:

Hausmüll in Bayern

Einen detaillierten Überblick über die Entwicklung der Abfallwirtschaft in Bayern gibt die vom Bayerischen Landesamt für Umwelt vorgelegte Publikation „Hausmüll in Bayern – Bilanzen 2007“. Daraus geht hervor, dass die entsorgungspflichtigen Körperschaften in Bayern aktiv die Abfallvermeidung und -verwertung gefördert haben. Erfolgreiche Aktivitäten der Vorjahre wurden weiter fortgeführt oder ausgebaut. Als kompetente Ansprechpartner standen den Haushalten und Gewerbebetrieben auch 2007 gut 200 Abfallberater mit Rat zur Verfügung.

Über 80 % der Körperschaften förderten die Eigenkompostierung mit Zuschüssen zu Kompostern oder Häckslern, Kompostierkursen, durch reduzierte Abfallgebühren oder der Zulassung kleinerer Restabfallbehälter, um so den kommunal zu erfassenden Anteil an organischen Abfällen zu verringern. Sperrmüllbörsen, Floh- und Trödelmärkte und andere Altstoffbörsen waren 2007 in zahlreichen Städten und Landkreisen etabliert.

Die Erfassung von Wertstoffen mittels Holsystemen wurde 2007 im Bereich der Altpapiererfassung (Papiertonne) ausgeweitet. Das Angebot an Bringsystemen blieb trotz einer geringen zahlenmäßigen Reduzierung auch 2007 weiterhin qualitativ auf hohem Niveau. In 8 entsorgungspflichtigen Körperschaften waren Wertstoffmobile im Einsatz (2006: 10). 83 Körperschaften erfassten Problemabfälle über mobile Sammlungen (2006: 82). In 95 von 96 Körperschaften standen den Bürgern insgesamt 1.693 Wertstoffhöfe zur Verfügung (2006: 1.698). Im Jahr 2007 wurden bayernweit ca. 4,09 Mio. t Wertstoffe erfasst und einer Verwertung zugeführt (wie 2006). Verwertet wurden zudem etwa 3,27 Mio. t Baurestmassen.

2007 lagen den entsorgungspflichtigen Körperschaften Daten zu 592.507 t verwerteten Gewerbeabfällen vor. Dies waren Grüngut, Bioabfall, Baustellenabfälle, verwerteter Schrott und verwertete Asche aus der thermischen Behandlung von Gewer-

beabfällen sowie sonstige gewerbliche Wertstoffe. Von dieser Gesamtmenge gingen 2007 243.568 t zur energetischen Verwertung.

Im Jahr 2007 nutzten die entsorgungspflichtigen Körperschaften 332 Anlagen (2005: 316 Anlagen), davon 272 innerhalb Bayerns, zur Sortierung, Aufbereitung und Verwertung von Wertstoffen, Haushaltsabfällen und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen. Die Gesamtanlieferungsmenge an alle Anlagen betrug ca. 1,97 Mio. t. Insgesamt 147 Sortieranlagen (130 im Jahr 2006) verarbeiteten Wertstoffe, Haushaltsabfälle und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle.

132 Anlagen wurden zur Aufbereitung von Wert- und Altstoffen genutzt. 53 Anlagen waren Verwertungsanlagen, die überwiegend für Altholz, Sperrmüll und organische Abfälle (Grüngut) genutzt wurden. 374 stationäre und mobile Aufbereitungsanlagen wurden für Baurestmassen, Baustellenabfälle und inerte Abfälle verwendet. Von mobilen Anlagen wurden ca. 840.000 t verarbeitet, während die Verarbeitungsmenge der stationären Anlagen bei etwa 2,54 Mio. t lag.

An 225 Kompostieranlagen (218 im Jahr 2006) und 2 Vergärungsanlagen (wie 2006) in Bayern wurden 2007 insgesamt ca. 650.800 t Grüngut angeliefert. Insgesamt rund 867.500 t Bioabfälle und Grüngut wurden zu 73 bayerischen Bioabfall-Kompostieranlagen (74 im Vorjahr) und 14 Vergärungsanlagen

14. Münchener Fortbildungsseminar Geoinformationssysteme:

Vertiefter Einblick

Geodaten erobern immer weitere Anwendungsbereiche. Das Betätigungsfeld „Geodaten“ wird so für Anbieter von Daten, Software und Dienstleistungen und deren Nutzer spannender, die Auswahl von Themen für das 14. Münchner Fortbildungsseminar Geoinformationssysteme angesichts der zahlreichen attraktiven Möglichkeiten zugleich schwieriger.

Diesem und weiteren Themen widmete sich das diesjährige Münchner Fortbildungsseminar Geoinformationssysteme. Bereits zum 14. Mal veranstaltete der Runder Tisch GIS e.V. in Kooperation mit der Technischen Universität München, der Universität der Bundeswehr München und der Universität Salzburg das Seminar im Audimax der Technischen Universität München. Die INTERGEO 2008 lieferte als Trendbarometer hier wieder entscheidende Einflüsse.

Geovisualisierung

Das Thema Geovisualisierung beschäftigt die Branche angesichts immer leistungsfähigerer Hard- und Software weiterhin. Die Referenten des Münchener Fortbildungsseminars demonstrierten faszinierende Beispiele zum Stand der Technik.

Den EU-Initiativen INSPIRE und Kopernikus wird viel Beachtung geschenkt. Seit Verabschiedung der INSPIRE-Richtlinie wird über ihre landesspezifische Umsetzung und ihre Auswirkungen diskutiert. Der rechtlichen und technischen Umsetzung von INSPIRE sowie der zukunftsweisenden Integration von INSPIRE- und Kopernikus-Diensten widmete sich wiederum ein Vortragsblock, in dem auch die INSPIRE/Kopernikus-Testplattform des Runder Tisch GIS e.V. vorgestellt wurde.

Wie Dr. Klement Aringer, Prä-

sident des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation darstellte, hat Bayern mit dem Geodateninfrastrukturgesetz als erstes Land die Musterempfehlung für die Länder zur INSPIRE-Richtlinie der Europäischen Union umgesetzt. Bayern schaffe damit Maßstäbe für mehr Service für Bürger und Wirtschaft. Auch für die Verwaltung ergäben sich zahlreiche Vorteile aus dem weiteren Meilenstein beim Ausbau der eGovernmentstrukturen.

INSPIRE-Richtlinie

Im Rahmen der bayerischen E-Government-Strategie arbeiteten verschiedene Ressorts und kommunale Vertreter unter Koordination des Finanzministeriums am Aufbau der Geodaten-Infrastruktur. Dazu zählten unter anderem Projekte wie die Weiterentwicklung des Bayern-Viewer-agrar, die Erfassung und flächendeckende Bereitstellung von Denkmälern, der Bauleitpläne oder der Bodenrichtwerte im Internet. Mit der Umsetzung der Richtlinie INSPIRE will Bayern Unternehmen und Kommunen verlässliche Rahmenbedingungen bieten und den Zugang zu Geodaten erheblich erleichtern.

Im Themenblock „Neue Marktchancen durch mobile Geodaten“ wurden im Rahmen des Fortbildungsseminars innovative Anwendungsbereiche von Geodaten vorgestellt, die ein großes

Marktpotenzial aufweisen. Die Bandbreite reicht von Location Based Services bis hin zum Einsatz in der Automobil-Navigation. Auch hier haben die Entwicklungen im Hard- und Softwarebereich und bei den Daten dem Entstehen spannender Lösungen neuen Schwung verliehen sowie deren Akzeptanz gesteigert.

Förderpreis Geoinformatik

Die Entwicklungen im Bereich der Digitalen Erden sowie neue Möglichkeiten der 3D-Datenerfassung haben die 3D GIS-Anwendungen beflügelt. Hier wurden hochinteressante Projekte aus Forschung und Anwendung präsentiert, die die zunehmende Bedeutung des Themas für die Praxis belegten.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Teilnehmer auch die Verleihung des Förderpreises

Geoinformatik. Zu den Preisträgern zählt der FH Mainz-Absolvent Christian Meyer, der für seine Diplomarbeit über die „Nutzung von Verkehrsfunkdaten des Traffic Message Channel über OGC Sensor Web“ ausgezeichnet wurde. Die Anwesenheit von Absolventen und Studierenden bot die Chance des Dialoges zwischen Nachwuchs und professionellen Anwendern.

Neue Kontakte

Präsentationen der Projektarbeit des Runder Tisch GIS e.V. und zahlreicher Unternehmen im Rahmen der Ausstellung rundeten das Programm wie gewohnt ab. Neben den Vorträgen und Tutorials kam durch die viele Zeit, die für Diskussionen und Pausen eingeplant war, auch der Dialog zwischen den Teilnehmern nicht zu kurz. Somit boten sich auf dem Seminar wie gewohnt zahlreiche Gelegenheiten, neue Kontakte zu Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft zu knüpfen und bestehende zu intensivieren. **DK**

Komfortlösungen für den Praxiseinsatz

DATEV-Software erleichtert ordnungsgemäße Buchführung

Wie lassen sich ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen am effizientesten führen? Die Antwort dazu gibt die DATEV-Lösung „Soziale Einrichtungen nach der Pflege-Buchführungsverordnung (PBV)*“, die auf der Fachmesse Altenpflege+ProPflege 2009 in Nürnberg vorgestellt wird. Das Programm bietet ein fundiertes Rechnungswesen, auf dessen Basis sich die Wirtschaftlichkeit analysieren lässt und das gleichzeitig den spezifischen rechtlichen Pflichten nachkommt. Mit der Software unterstützt DATEV Einrichtungen im Pflegebereich bei der ordnungsgemäßen Buchführung und der betriebswirtschaftlichen Steuerung.

Kernelement der Lösung ist der DATEV-Standardkontenrahmen für soziale Einrichtungen (SKR45). Über spezielle betriebswirtschaftliche Auswertungen ermöglicht er die ständige Überprüfung der Kosten und Erträge bis hin zum vorläufigen Gesamtergebnis. Mit Hilfe einer Kapitalflussrechnung, einer Bewegungsbilanz und der Betrachtung der Liquidität können Vermögensstruktur und Finanzbewegungen analysiert werden.

Der Controllingreport ermöglicht die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Mandantenunternehmen und sozialen Einrichtungen. Anhand hinterlegter Schwellenwerte wird mit Hilfe von Kennzahlen, Trends und Grafiken die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Einrichtung analysiert.

Eine genaue Betrachtung betriebswirtschaftlicher Zusammenhänge ermöglicht die Kosten- und Leistungsrechnung. Gleichzeitig bildet sie die Grundlage für Pflegesatzverhandlungen. Die besonderen Anforderungen der PBV an den Jahresabschluss werden von der DATEV-Lösung berücksichtigt. Mit den DATEV-Rechnungswesen-Programmen und ANLAG können die Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Anhang einschließlich Anlagen- und Fördernachweis erstellt werden.

Die Kosten- und Leistungsrechnung bietet beste Voraussetzungen, um die Entwicklung der Wirtschaftlichkeit kontinuierlich zu kontrollieren. Im Vergleich der Ist-Werte mit monatlichen Plan- oder jährlichen Budgetwerten werden Abweichungen sofort transparent. Die entsprechenden Planwerte lassen sich in der Kostenrechnung hinterlegen. Sie fließen dann automatisch in ausgewählte Auswertungen wie den Betriebsabrechnungsbogen sowie optional in die Chefübersicht und die Dispo-Übersicht ein.

Übersichtliche und tabellarisch aufbereitete Grundauswertungen veranschaulichen zudem die aktuellen betrieblichen Ergebnisse und Kosten sowie deren Zusam-

mensetzung. Pflegebetriebe, die erstmalig eine Kostenrechnung einrichten, können auf vordefinierte PBV-Musterlösungen zurückgreifen.

Neben der Kenntnis der eigenen Abläufe ist der Vergleich mit Durchschnittswerten anderer Pflegebetriebe entscheidend. Erst damit lässt sich der eigene wirtschaftliche Erfolg realistisch einschätzen. Im Rahmen der DATEV-Branchenlösung sind dazu Betriebsvergleiche möglich. Aus der Gegenüberstellung eigener Zahlen mit Branchenwerten kann man allgemeine Entwicklungen ableiten, die in die eigene Planung einfließen. Pflegedienste und soziale Einrichtungen, die von einer solchen Leistungsschau profitieren wollen, können über ihren Steuerberater spezielle Betriebsvergleiche der DATEV nutzen. Der große Vorteil des DATEV-Betriebsvergleichs: Er beruht auf realen gebuchten Werten von Unternehmen.

ProCheck für Unternehmen

Gerade beim Dienst am Menschen spielen Sorgfalt und Qualität der Leistung eine übergeordnete Rolle. Für Einrichtungen im Pflegebereich empfiehlt sich deshalb der Aufbau eines Qualitätsmanagement-Systems. Mit „ProCheck für Unternehmen“ bietet DATEV die passende Software. Kern des Systems ist ein elektronisches Organisationshandbuch für detaillierte Arbeitsanweisungen und Checklisten. Auf dessen Basis lassen sich Qualitätsstandards besser umsetzen. Die Standards dienen dazu, Fehler bei der Aufgabenerledigung zu reduzieren und das Haftungsrisiko zu minimieren. Strafe Arbeitsabläufe senken die internen Kosten der Einrichtung und helfen so dabei, im Wettbewerb gut aufgestellt zu sein. Als wichtigster externer Berater des Mittelstands bringt der Steuerberater die Software im Unternehmen zum Einsatz, berät und unterstützt bei der Einrichtung und Einführung des individuellen Prozessmodells. **□**



Von links: Tobias Hofmann (Projektmanagement Standortmarketing Oberfranken), Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und Dagmar Wöhl (Mitglied des Bundestages und Parlamentarische Staatssekretärin). **□**

Standortmarketing Oberfranken auf der CeBIT

Auf dem Eröffnungsrundgang zur CeBIT 2009 in Hannover stattete Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg dem Stand des Standortmarketing Oberfranken einen Besuch ab. Er unterstrich dabei das Motto des Standortmarketing Oberfranken „IT-Standort mit Lebensqualität“.

Zu Guttenberg hob hervor, dass Oberfranken mit ca. 450 Unternehmen der IT-Branche sich in der IT-Welt bestens behauptet. Mit jährlich 250 Absolventen in IT-Studiengängen zeichne sich Oberfranken auch hinsichtlich der Ausbildung von Fachkräften aus und mache da-

mit die Region für IT-Unternehmen besonders attraktiv. Zusätzlich böten die hervorragende Infrastruktur und deutlich niedrigere Kosten als in Ballungsräumen ein günstiges Umfeld für Investitionen, aufstrebende Unternehmen, Back-Office-Lösungen und Outsourcing. **□**

Cloud Computing @ IBM:

IT kommt Just in Time auf den Schreibtisch

Die Informationstechnologie hat ein neues Kapitel aufgeschlagen: Weg von starren IT-Infrastrukturen für Unternehmen und Konsumenten hin zur dynamischen Nutzung von IT-Ressourcen, die bildhaft gesprochen aus der Wolke (Cloud) kommen. Mit Cloud Computing vollzieht sich in der IT jener Schritt, der heute schon das Bild in der Logistik prägt: Bauteile müssen flexibel, nach Bedarf und Just in Time ans Band geliefert werden.

So wie in der Logistik geht es auch beim Cloud Computing darum, genau zur rechten Zeit die Ware zu „liefern“ – es sind jedoch nicht Schrauben und Bauteile, sondern IT-Ressourcen aus einem Rechenzentrum, die über das Netz angeliefert werden. Beim Cloud Computing nutzen Unternehmen Hardware, Software und Services über ein Netzwerk dynamisch und nach Bedarf, um ihre IT effizienter einzusetzen und Kosten zu senken. Transport und Speicherung von geschäftskritischen Daten stellen jedoch besondere Anforderungen an das Cloud Computing.

Sicherheit und Datenschutz

IBM berücksichtigt beim Cloud Computing insbesondere die sensiblen Themen Sicherheit und Datenschutz. Deshalb unterteilt IBM die Cloud in eine öffentliche (public) und in eine private (private) Wolke, die unabhängig von Providern und Verbindungen zu Providern ist. Dies ist vergleichbar mit einer Logistik, die auf öffentlichen und privaten Ressourcen basiert: Public bedeutet hier, dass ein externer Zulieferer die Bauteile anliefert.

Höhere Auslastung

Privat heißt, dass der Bedarf an Bauteilen über ein eigenes, lokales Vorratslager abgedeckt wird. Je nach den Anforderungen eines Unternehmens in Bezug auf Leistung, Sicherheit und Kosten empfiehlt es sich beim Cloud Computing, bestimmte IT-Services aus einer public Cloud zu beziehen oder aber diese im eigenen Rechenzentrum über eine private Cloud bereitzustellen – auch

hybride Modelle sind möglich.

Kostenersparnis

Mit Cloud Computing sparen Unternehmen im Rechenzentrum bis zu 80 Prozent an Fläche sowie 60 Prozent an Strom- und Kühlungskosten ein und erreichen eine bis zu dreifach höhere Auslastung ihrer Anlagen gegenüber bisherigen Installationen. Zudem können die IT-Systeme flexibler und schneller auf veränderte Anforderungen angepasst werden.

Neues IT-Zeitalter

IBM bietet mit ihrem Angebot an Technologien, IT-Services und Beratung Unternehmen aller Größen und Branchen die Möglichkeit, ins Zeitalter des Cloud Computing einzusteigen. Dabei gilt es, ähnliche Entscheidungen zu fällen wie in der Logistik: Lohnt es sich, Waren aus Übersee günstig, aber über lange Transportwege zu beziehen? Sind lokale und teurere Zulieferer zu bevorzugen oder eine private Logistikstrategie mit eigenem Lager?

Maßgeschneiderte Lösungen

IBM verwendet ein betriebswirtschaftliches Modell, um die Gesamtkosten für den Aufbau einer privaten Cloud abzuschätzen und sie mit dem Umzug von Daten und Anwendungen in eine öffentliche Cloud oder auf ein hybrides Cloud-Modell zu vergleichen. Mit ihrem technologischen Know-how ist IBM in der Lage, für jedes Unternehmen eine sichere und zuverlässige Cloud-Umgebung zu schaffen, bei der Hardware, Software und Services flexibel und dynamisch an veränderte Geschäftsanforderungen angepasst werden können. **□**

Mühldorf:

Landkreisweites GIS

Der Aufbau eines Landkreis-GIS, von dem die Gemeinden und der Landkreis Mühldorf vom jeweiligen Datenaustausch profitieren können, ist geschafft. In einer Versammlung mit den Vertretern der bereits beteiligten Gemeinden wurde das neue landkreisweite Geoinformationssystem freigegeben: Zudem wurde im Rahmen einer Schulung auf Anwendungsprobleme eingegangen.

16 Gemeinden haben sich bisher an dem Projekt beteiligt. Ziel ist es, allen Städten und Gemeinden den Landkreis-Zugriff auf das Geoinformationssystem zu bieten. Die Vorteile sind groß. Sicherheitsleistungen, Aktualisierungen und Betreuung laufen zentral über das Landratsamt als Koordinator. Die einzelnen Gemeinden können so vom zentralen Service im Landratsamt profitieren, und das noch dazu zu einem viel günstigeren Preis, als es

Einzellösungen in Gemeinden bieten könnten.

„Besonders beim Thema Ausgleichsflächen wird uns das Landkreis-GIS eine enorme Hilfe sein“, hob Landrat Georg Huber hervor. „Der Landkreis und seine beteiligten Städte und Gemeinden sind in kollegialer Zusammenarbeit gemeinsamer Dienstleister für unsere Bürgerinnen und Bürger.“ Das Landkreis-GIS steht allen weiteren interessierten Gemeinden jederzeit offen. **DO**

Bebauungspläne online

Geodaten im Netz: Die GDI-BY (Geodateninfrastruktur Bayern) vom Landesamt für Vermessung und Geoinformation Bayern hat auf ihrer Internetseite die Geowebdienste für die Bebauungspläne der Landkreise Kelheim und Augsburg aufgenommen: www.gdi.bayern.de/Geowebdienste/geowebdienste.htm

Vor knapp einem Jahr war im Landratsamt Kelheim der Startschuss für den Echtbetrieb eines beachteten Pilotprojektes gefallen: Auf der Internetseite des Landkreises Kelheim konnten alle Bebauungspläne eingesehen werden – ein kostenloser Service zum Nutzen der Bürger. Diese ersparen sich seitdem einen weiteren Behördengang.

Dienst wird ausgebaut

Mit der GDI-BY-Seite stehen auch für andere Geoinformationssysteme (z.B. im BayernViewer der Bayerischen Vermessungsverwaltung und in SISBY der IHK) offiziell die Bebauungspläne der beiden Landkreise so zur Verfügung, dass diese als Layer zu anderen Geodaten dazugeladen werden können. Die Pläne können lagegenau eingebildet und somit z. B. in Kombination mit dem Luftbild dargestellt werden. Die Festsetzungen können komfortabel als PDF geladen werden. In Augsburg stehen derzeit 498 Bebauungspläne aufbereitet zur Verfügung, im Landkreis Kelheim flächendeckend ca. 1.200 Stück. Es ist geplant, auch in anderen Landkreisen, die das Geoinformationssystem der AKDB nutzen, diese Dienste auszubauen. **□**

KOMCOM SÜD 2009:

Bestes Know-how für Kommunen

Am 28. und 29. April 2009 findet die 14. Ausgabe der Fachmesse KOMCOM SÜD statt. Bereits zum fünften Mal gastiert die Veranstaltung in der Messe Karlsruhe. Die KOMCOM ist die bundesweit größte Veranstaltungsreihe für die Öffentliche Verwaltung. Entscheider, Sachgebietsleiter und Sachbearbeiter der Landkreise, Städte und Gemeinden finden auf der KOMCOM Lösungen zu aktuellen und wichtigen Fragen zur Optimierung, Effizienzsteigerung und Kostensenkung in den Kommunalverwaltungen. An beiden Messtagen läuft neben der Ausstellung ein umfassendes Vortrags- und Rahmenprogramm, das der kompakten Weiterbildung der Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen dient.

Rund 200 Unternehmen aus ganz Deutschland nehmen an der KOMCOM SÜD 2009 in der dm-Arena (Halle 4) der Karlsruher Messe teil. Auf ca. 8.000 qm Ausstellungsfläche präsentieren die Unternehmen EDV-Produkte und IT-Dienstleistungen für alle Fachbereiche der Öffentlichen Verwaltung: z. B. Lösungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, Verfahren zur Umstellung von Kameralistik auf DOPPIK, Programme zur sicheren Datenverarbeitung und Datenarchivierung, Geoinformationssysteme (GIS), Ratsinformationssysteme, Zeiterfassungs- und Personaleinsatzprogramme und Instrumente für das Gebäude- und Liegenschafts-Management. Erwartet werden rund 3.500 Fachbesucher.

Kooperationspartner

Die KOMCOM SÜD 2009 hat mit drei Landesministerien (Innen-, Wirtschafts- und Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum), dem Landkreistag, dem Städtetag, dem Berufsverband der kommunalen Finanzverwaltungen, der Medien- und Filmgesellschaft und der Führungsakademie Baden-Württemberg starke Kooperationspartner gewonnen. Diese tragen mit dazu bei, dass die Qualität des Weiterbildungsangebots für die Führungskräfte und Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen bei der diesjährigen KOMCOM SÜD so hochwertig ist wie nie zuvor.

Innovationsforum

Im Rahmen der Messeeröffnung findet eine Podiumsdiskussion statt zum Thema „Strategien zur Bewältigung der Finanzkrise“ mit Dr. Gerhard Stratthaus, MdL, Finanzminister a. D. und Mitglied des Leitungsausschusses Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Parallel zur Messe geht am ersten Messtag das 2. Karlsruher Innovationsforum für Führungskräfte aus dem Public Sector über die Bühne. Der Kongress ist eine Kooperationsveranstaltung zwischen dem Innenministerium Baden-Württemberg, der Führungsakademie Baden-Württemberg, der Karlsruher Kongress- und Messegemeinschaft und der KOMCOM Messe GmbH. Vertreter des Innenmini-

steriums und Hochschulexperten referieren zu vier wichtigen Themenbereichen der Öffentlichen Verwaltung:

- Die Reform des kommunalen Haushaltsrechts
- E-Government (Wegweisende Projekte, strategisches und operatives Wissensmanagement)
- Nachhaltige Innovationsprozesse (Optimierung von Geschäftsprozessen und effiziente Gebäudewirtschaft) sowie
- Gesundheitsmanagement und Gesundheitsförderung.

Mit den Vorträgen werden in erster Linie die Führungskräfte aus der Kommunalverwaltung, wie Landräte, Bürgermeister und Dezernenten angesprochen. Die Teilnahme am Kongress ist nur nach vorheriger, kostenpflichtiger Anmeldung möglich.

PPP-Konferenz

Am zweiten Messtag findet die PPP-Konferenz des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg statt. Die kommunale Praxis referiert und diskutiert über die Chancen und Risiken von Public Private Partnership (PPP). In zwei Themenblöcken werden die verschiedenen Modelle der Finanzierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung von kommunalen Gebäuden anhand von Praxisbeispielen vorgestellt.

So wird im ersten Teil die Frage aufgeworfen, ob Verwaltungsgebäude und Schulen ideale Objekte für Public Private Partnership (kurz: PPP) sind, der zweite Themenblock beschäftigt sich mit der Frage, ob Krankenhäuser in Eigenregie, als PPP-Projekt oder rein privat gebaut und bewirtschaftet werden sollen.

Preisverleihung InternetDorf 2009

Ebenfalls am zweiten Tag der KOMCOM SÜD 2009 findet die Preisverleihung „InternetDorf 2009“ statt. Der bundesweit einzigartige Wettbewerb wird in Baden-Württemberg zum zehnten Mal durchgeführt. In der Kategorie „Beste Barrierefreiheit“ steht der uneingeschränkte Zugang zum Internet im Vordergrund. Als „Innovation des Jahres“ wird wiederum eine kreative und beispielgebende Entwicklung innerhalb eines Internetangebots ausgezeichnet.

Praxisforen und Workshops

Wie gewohnt finden auch bei der diesjährigen KOMCOM SÜD eine Vielzahl von Firmenworkshops und Praxisforen statt. Anwenderberichte und Praxisbeispiele verhelfen den kommunalen Besuchern dazu, Fehler bei der Umsetzung von Projekten, wie z. B. der Einführung eines neuen Dokumentenmanagementsystems zu vermeiden und geben Anregungen für zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten.

Wichtige Themen

Weitere wichtige Themen für



Landkreis Fürth mit neuer Homepage

Der Startschuss ist gefallen. Landrat Matthias Dießl hat die neue Homepage des Landkreises Fürth unter www.landkreis-fuerth.de in Betrieb genommen. „Auf den von Grund auf neu konzipierten Internetseiten findet man ab sofort alle Informationen über den Landkreis, seine Menschen und die Geschichte. Ob Kultur- und Freizeitangebote, einen ausführlichen Veranstaltungskalender oder den richtigen Ansprechpartner im Landratsamt - für das jeweilige Anliegen ist jede wichtige Information online abrufbar“, so Dießl. Hatte der alte Internetauftritt mit im Schnitt rund 50.000 Seitenabrufen pro Monat einen Umfang von etwa 200 Seiten, so bietet die neue Homepage auf rund 1.000 Seiten Auskünfte zu nahezu allen Bereichen des Landkreises Fürth. Damit diese neuen Seiten stets aktuell bleiben, wurden rund 40 Mitarbeiter im Landratsamt in allen Abteilungen geschult. Das Foto zeigt Landrat Matthias Dießl im Vordergrund, dahinter Webmaster Wilhelm Peter (Landratsamt).



Präsident Theo Zellner und Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer bei der Unterzeichnung der Generalvereinbarung über die Nutzung der Geobasisdaten. Foto: Wolfgang Fischer

Umfangreiche Geobasisdaten für die bayerischen Landkreise

Optimierung von bürgernahem und dienstleistungsorientiertem Verwaltungshandeln

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, und Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer haben die Generalvereinbarung über die Nutzung von GeoBasisdaten sowie GeoDiensten der Bayerischen Vermessungsverwaltung unterzeichnet.

Rückwirkend zum 1. Januar 2009 tritt nun nach langer Vorarbeit des Landkreises Cham, des Bayerischen Landkreistags, der Bayerischen Staatskanzlei und der Bayerischen Vermessungsverwaltung eine Vereinbarung über die Nutzung von GeoBasisdaten sowie GeoDien-

sten der Bayerischen Vermessungsverwaltung durch die Mitglieder des Bayerischen Landkreistags in Kraft.

Das damit verbundene Datenpaket enthält für eine niedrige jährliche Pauschale nahezu das gesamte Portfolio der Bayerischen Vermessungsverwaltung ergänzt um Daten des Bundesamtes für Kartographie und Geo-

die Kommunen in den Praxisforen sind die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die eVergabe, familienbewusste Personalpolitik, Schul-IT sowie Community Management.

Sonderforum Licht & Energie

Bei der KOMCOM SÜD 2009 referieren an beiden Messtagen hochkarätige Experten, z. B. von der Agentur für Erneuerbare Energien e.V. und der Berliner Energie Agentur GmbH, sowie Vertreter von Städten und Gemeinden darüber hinaus zum kommunalen Energiemanagement und kosteneffizienter, moderner Stadtbeleuchtung. Die Stadt Karlsruhe präsentiert u. a. den „Lichtplan Karlsruhe“, bei dem Energieeffizienz und Nachhaltigkeit mit einer harmonischen und kreativen Inszenierung der Stadt bei Nacht kombiniert wird.

Nähere Informationen unter www.komcom.de.

Anwenderforum E-Government 2009:

Fokus auf Service-Strukturen

Das 15. Anwenderforum E-Government in Berlin bot auch in diesem Jahr eine vielschichtige Plattform für den fachlichen Austausch über aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet der IT-gestützten Verwaltungsmodernisierung. Über 600 Tagungsgäste diskutierten neben verschiedenen Aspekten der zunehmenden Shared-Service-Ausrichtung vieler Behörden Fragen der Langzeitspeicherung von elektronischen Dokumenten und E-Mails, zeitgemäße IT-Sicherheitsstrategien sowie die Marktsituation bei Softwarelösungen zum Enterprise Resource Planning (ERP). Einen besonderen Höhepunkt der Jubiläumsveranstaltung bildete zudem der „Blick über den Zaun“ auf den Stand des E-Government in den europäischen Nachbarländern.

Die öffentliche Verwaltung setzt verstärkt auf Shared Service Center, um bestimmte Aufgabenbereiche wie etwa die Personalbeschaffung zentral für mehrere Organisationen erbringen zu können. Die Fachforen des Anwenderforums E-Government beschäftigten sich daher mit Fragestellungen rund um geeignete Einsatzbereiche, Organisation oder Steuerung. Parallel wurde in jeweils 90-minütigen Marktforen ein neutraler Überblick über Produkte und Dienstleistungen in besonders diskutierten Marktsegmenten vermittelt.

Behördenrufnummer D 115

Die einheitliche Behördenrufnummer D 115 wird den Bürgerinnen und Bürgern einiger Modellregionen in Deutschland künftig einen umfassenden Bürgerservice bereitstellen. Zunächst werden zeitgleich Berlin, Hamburg, Hessen, mehrere Regionen in Nordrhein-Westfalen (Aachen, Arnsberg, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Frechen, Hürth, Köln, Leverkusen, Mülheim/Ruhr, Kreis Lippe, Rhein-Erft-Kreis, Wuppertal, Landschaftsverband Rheinland) und Oldenburg in Niedersachsen als erste der am Projekt beteiligten Modellregionen die 115 freischalten. Während des auf zwei Jahre angesetzten Pilotbetriebs werden nach und nach weitere Kommunen und Regionen hinzukommen.

Der Service ist ebenenübergreifend, denn Kommunen, Länder und Bund gestalten die D115 zusammen. Eine zentrale Datenbank, die allen am Pilotprojekt Beteiligten zur Verfügung steht, sichert das Wissensmanagement. So kann sich ein Anrufer aus Berlin auch über Grundsicherungsleistungen oder die Kinderbetreuung in Köln informieren. Das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) stellte die technische Umsetzung in der Modellregion Berlin mit dem „Berlin Telefon“ vor.

Die „eGovernment-Suite“ unterstützt die Behörden der Hauptstadt bei der Beschleunigung.

däsie. Damit kann ab sofort sichergestellt werden, dass alle Landkreise Bayerns mit identischen GIS-Grundlagen, Aktualitäten und Genauigkeiten arbeiten können. Zellner: „Alle sprechen nun erstmalig in derselben ‘Sprache’; das babylonische Sprachgewirr hat ein Ende und das bürgernahe und dienstleistungsorientierte Verwaltungsverfahren wird optimiert.“

Zellner hofft, dass der „gelebte“ E-Government-Gedanke auch bei den noch 11 fehlenden bayerischen Landkreisen auf fruchtbaren Boden fällt: „Es ist nur eine Frage der Zeit, wann alle Landkreise mit den einfachen und preisgünstigen GeoBasisdaten arbeiten werden. Den anderen kommunalen Spitzenverbänden kann ich nur empfehlen, eine identische Vereinbarung zu schließen, so dass die gesamte kommunale Familie auch mit GeoBasisdaten schnell und unkompliziert kommunizieren kann.“

gung verwaltungsinterner Prozesse. Ein zentrales Produkt dieser vom ITDZ Berlin entwickelten eGovernment-Lösung ist die Bereitstellung eines Dokumentenmanagementsystems, mit dem die „elektronische Akte“ realisiert werden kann. Die Anwendung beschleunigt Bearbeitungsprozesse, erhöht die Transparenz der Verwaltungsabläufe und schafft damit eine wichtige Grundlage für den Ausbau von Online- und eGovernment-Angeboten. An seinem Messestand präsentierte das ITDZ Berlin, wie dieser Service funktioniert. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Röhlé

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich), Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Tag der offenen Tür in Dillingen:

175 Jahre amtliche Vermessung

Am 14. Mai 1834 wurde in Dillingen der erste Bezirksgeometer bestellt. Dieses Jubiläum nimmt das Vermessungsamt Dillingen zum Anlass, am Sonntag, den 17. Mai 2009, von 10 bis 16 Uhr einen Tag der offenen Tür durchzuführen. Dabei werden die in dreijähriger Bauzeit neu renovierten Amtsräume der Öffentlichkeit vorgestellt.

Zu sehen ist das breite Spektrum der Entwicklung amtlicher Vermessung in Bayern von den Anfängen des 19. Jahrhunderts bis zur rasanten Entwicklung im Zeitalter der EDV am Ende des 20. Jahrhunderts. Es werden die vielfältigen Aufgaben eines Vermessungsamtes, die Produktpalette der BVV, GPS und Außendienstvermessungen, der Bayernviewer und vieles mehr vorgestellt. **DK**

„Memminger Freiheitspreis 1525“ an Reiner Kunze:

Würdigung einer Lebensleistung

Bundespräsident Dr. Horst Köhler als Laudator

Besondere Würdigung für Reiner Kunze: Der Schriftsteller und Lyriker wurde von Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger mit dem „Memminger Freiheitspreis 1525“ ausgezeichnet. Die Laudatio auf Reiner Kunze hielt Bundespräsident Dr. Horst Köhler. Nach dem Empfang der Stadt Memmingen im Rathaus sprachen der Preisträger und das Staatsoberhaupt zu rund 2.500 Bürgerinnen und Bürgern auf dem Marktplatz und trugen sich auf dem Balkon der Großzunft in das neue Goldene Buch der Stadt ein.

Zuvor hatte Oberbürgermeister Holzinger die Ehrengäste aus Kirche, Politik und Gesellschaft sowie die Bürgerschaft in der Kirche St. Martin willkommen heißen. Besonders begrüßte das Stadtoberrhaupt die Mitglieder der Jury des „Memminger Freiheitspreises 1525“: den evangelischen Landesbischof Dr. Johannes Friedrich, Bundesfinanzminister a. D. Dr.

Bauernartikel wahren und Persönlichkeiten und Institutionen ehren, die sich für Freiheit, Recht und Gerechtigkeit einsetzen. Der mit 15.000 Euro dotierte Preis wird alle vier Jahre vergeben. Erster Preisträger war 2005 der ehemalige ungarische Außenminister Gyula Horn.

Bundespräsident Köhler zeigte in seiner Laudatio auf, „dass einer der Wege der deutschen

Deutschland beschlossen und vor 20 Jahren sei die Mauer gefallen, die Deutschland teilte. In der DDR seien nicht nur die Freiheit und die Selbstbestimmung der Bauern brutal unterdrückt worden – „in diesem Staat war es gefährlich, Gedichte zu schreiben und ein freies Wort zu riskieren“, machte Köhler deutlich. Zeuge und Akteur der deutschen Freiheitsgeschichte sei Reiner Kunze, der deswegen zu Recht mit dem „Memminger Freiheitspreis 1525“ geehrt werde.

Die Macht des freien Wortes

Zwischen den Memminger Bauernartikeln sowie Leben und Werk des Preisträgers gebe es noch einen Zusammenhang, fuhr der Bundespräsident fort: Es sei die Macht des Wortes, die Macht des freien Wortes und damit die Macht und die Wirkmächtigkeit des ersten und existenziellen Lesens.

„Die Bauern beriefen sich 1525 auf das göttliche Recht, auf die Zusage des Evangeliums, das jeder Mensch gleich ist“, betonte Herbert Müller, Vorsitzender des Kuratoriums „Zwölf Bauernartikel und Memminger Freiheitspreis 1525“. Damals wie heute sei die Berufung auf Menschenrechte und Menschenwürde in vielen Ländern Existenz bedrohend, brachte es Müller auf den Punkt.

Ein gerührter Preisträger

Reiner Kunze zeigte sich gerührt: „Wenn es einem die Sprache verspricht, nützt es einem auch nichts, Schriftsteller zu sein“, sagte der 75-Jährige. Er wünschte, das Wort „Danke“ wäre noch jungfräulich. Er reichte das Lob weiter an seine Frau, die ihm seit fast 50 Jahren zur Seite stehe, so der Gelehrte.

Reiner Kunze wurde am 16. August 1933 im erzgebirgischen Oelsnitz geboren. In der Zeit von 1949 bis 1951 war er Schüler einer Aufbauklasse für Arbeiterkinder in Stollberg. 1949 wurde Kunze Mitglied in der SED. Von 1951 bis 1955

Freiheitsgeschichte in Memmingen begann“. „Als die Bauern vor bald 500 Jahren ihre Zwölf Artikel verfassten, war nicht abzusehen, dass sich ein deutscher Staat unter die Imperative von Recht, Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie stellen würde“, so Köhler.

Köhlers weiter Bogen

Der Laudator spannte einen weiten Bogen von der Abfassung der Zwölf Bauernartikel bis hin zur jüngeren deutschen Geschichte. Vor 60 Jahren habe der Parlamentarische Rat mit dem Grundgesetz die Verfassung der Bundesrepublik

Großes Zukunftspotenzial bei Schaeffler/Conti

Mittelfränkische CSU-Landtagsabgeordnete trafen Schaeffler-Unternehmensleitung

Herzogenaurach. Eine Versachlichung und Beruhigung der aufgeheizten öffentlichen Debatte um Staatshilfen für die Schaeffler-Gruppe fordert der frühere Bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein. Dies sei man vor allem den Mitarbeitern schuldig, die durch die Diskussionen der vergangenen Wochen völlig verunsichert wurden. Beckstein führte gemeinsam mit der hiesigen Stimmkreisabgeordneten Christa Matschl und einer Delegation mittelfränkischer CSU-Landtagsabgeordneter Gespräche mit der Familie Schaeffler und der Unternehmensleitung der Schaeffler-Gruppe zur aktuellen Lage.

Dabei sei es vor allem um eine gemeinsame Bewertung der Situation gegangen. Christa Matschl: „Wir wollten jetzt einmal aus erster Hand erfahren, wie bei Schaeffler aktuell Wege aus der Krise gesucht werden, und welche Unterstützung sich die Firma konkret von Bund und Freistaat vorstellt.“

Das Unternehmen ist kerngesund und habe unter Einbeziehung von Continental ein großes technologisches und wirtschaftliches Zukunftspotenzial wurde von Seiten der Unternehmensleitung erneut versichert. Daran habe sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise nichts geändert. Allerdings sei die Übernahme unter anderen Voraussetzungen geplant und in die Wege geleitet worden, als sie auch angesichts

der Krise der Automobilindustrie jetzt vorlägen. Daraus resultierten die aktuellen Finanzprobleme.

Zeit gewinnen

Jetzt gehe es dem Unternehmen darum, Zeit für die abgestimmte Entwicklung eines wirklich nachhaltigen Zukunftskonzeptes zu gewinnen. Über dessen konkrete Inhalte die Beteiligten Stillschweigen vereinbarten, um der ohnehin sehr ambivalenten öffentlichen Haltung gegenüber staatlichen Hilfen nicht erneut Nahrung zu geben und den Prozess zu gefährden, so Christa Matschl. Denn für die Realisierung dieses Plans sei die aufgeheizte Debatte der letzten Wochen nicht hilfreich gewesen.

GZ

Gestern
hat mein Chef gesagt ...



„Welche Verrohung der Sitten! Früher hätte ein Aufschrei der Empörung solche Verbalradikalinskis ordentlich gezaust. Heutzutage ist das Lüftchen lau.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war empört darüber, mit welcher martialischer Rhetorik deutsche Spitzenpolitiker gegen Nachbarländer wie die Schweiz vom Leder ziehen. Da liest man Bedauern heraus, wenn gesagt wird, heute könne man (leider) keine Soldaten mehr losschicken, wenn ein kleines Land sich unbotmäßig verhalte. Ein anderer droht dem Nachbarn mit der Peitsche und freut sich, dass seine Politik andere Länder so einschüchtere, wie weiland die Kavallerie schutzlose Indianer.

Ja, wie tief sind wir gesunken, 20 Jahre nach dem Mauerfall, den wir als eine der friedlichsten und unmartialischsten Staaten Europas erlebten. Dabei will ich gar nicht unterstellen,

Ein Akt kommunaler Außenpolitik

dass sich in den Äußerungen ein vorhandener Militarismus oder auch nur Aggressivität manifestiert hätte. Aber wenn es nur so dahergeplappert war, ist das ja fast noch schlimmer. Es zeigt nämlich einen Mangel an Respekt den Kleinen gegenüber, fehlende Sensibilität und ein erschreckendes Maß an Gedankenlosigkeit, was für Folgen ein solches Auftreten in der Welt haben kann.

Gut, der Auslöser dieses verbalen Rüstungswettlaufs war die Frage, wer im Land der streitbarsten Kämpfer gegen so genannte Steueroasen sei. Denn man scheint sich populistischen Mehrwert davon zu versprechen, wenn man mit entschlossener Geste Länder anprangert, in denen Bankkunden nicht unter dem Nackt-Scanner liegen. In Deutschland, dem Geburtsland des Datenschutzes, schaut das ja anders aus. Denn bei uns sind die Computer der al-Khaida vor Onlinedurchsuchungen geschützt und in Zukunft wird bei Volkszählungen niemand mehr die Frage nach der Religionszugehörigkeit stellen. Dafür kann aber das Bundesamt für Finanzen fast schrankenlos noch auf das magerste

Sparbuch zugreifen, um zu schauen, ob auch die 3,42 Euro Habenzinsen in der Steuererklärung angegeben wurden.

Dabei ist ja schon das Wort „Steueroase“ ominös. Um eine Oase herum ist Wüste. Und wenn man eine Oase trocken legt, verwandelt sie sich schließlich auch zur Wüste - nix wächst mehr. Würde man das Wasser der Oase zu Bewässerungszwecken in die Wüste leiten, würden die Oase und die Wüste blühen. Aber man lässt halt lieber die Kavallerie gegen die eidgenössischen Rothäute reiten, als zu diskutieren, was in unserem Steuerstaat faul ist. Keine Frage, Steuerhinterziehung ist ein Vergehen und gehört bestraft. Und dennoch: Warum sind Menschen, die im Laden nicht einmal einen Kaugummi für 60 Cent klauen würden, so anfällig dafür, sich dieses Vergehens schuldig zu machen?

Aber im Kern geht es doch darum, dass sich die Staaten – wie übrigens die Kommunen auch – mit Respekt und Anstand begegnen sollten. Was hilft es, den wilden Mann zu spielen und mit Worten auf die Kleinen einzudreschen? Das gibt nur Scherben. Und man sollte nie vergessen, dass viele Kleine zusammen auch groß sind. Deshalb ist der Staatsmann gut beraten, der Groß und Klein gleich behandelt, ohne dem einen oder anderen mit Anlauf und Absicht auf die Füße zu latschen.

Mein Chef, der Bürgermeister, trägt sich mit dem Gedanken, durch einen Akt kommunaler Außenpolitik ein Zeichen zu setzen, dass nicht ganz Deutschland verbal oder von der Gesinnung her ausgeflippt ist: Er will dem Stadtrat vorschlagen, einer kleinen Stadt in der Eidgenossenschaft die Städtepartnerschaft vorzuschlagen. Ob das in diesen Zeiten gelingt? Jedenfalls habe ich auf dem heutigen Kalenderblatt schon ein Motto für die „Brautwerbung“ gefunden. Es ist ein Zitat des Schriftstellers und Malers Wilhelm Kuhnert: „Lass fremde Art doch gelten/selbst dann, wenn sie dich quält! Gar oft ist, was wir schelten/grad was uns selber fehlt.“

the
Sabrina

Umweltbildung auf höchstem Niveau:

Auszeichnung für Imago-Projekt

Freising – Mit einem spektakulären Blick in die Tiefe, mit unterhaltsamen Informationen und einem faszinierenden Gebäude zieht die von der Freisinger Agentur Imago 87 konzipierte und realisierte Ausstellung „Bergwelt Karwendel“ neben der Bergstation der Karwendelbahn in Mittenwald Besucherscharen an.

Im „Wettbewerb der Alpenkonvention für nachhaltige und innovative Tourismusprojekte in den Alpen“ ist die „Bergwelt Karwendel“ kürzlich zum deutschen Preisträger gekürt worden. Der Wettbewerb zeichnet Projekte aus, die Nachhaltigkeit und eine Entwicklung der Bergregionen zusammenbringen – und das ist dem Projektteam gelungen.

Den Blick 1 300 m in die Tiefe verglich der ehemalige bayerische Umweltminister Otmar Bernhard mit dem Skywalk hoch über dem Grand Canyon in den USA. Das Gebäude hat die Form eines überdimensionierten Fernrohrs und die Ausstellung lädt die Besucher ein, sich auf unterhaltsame Weise über die Tier- und Pflanzenwelt sowie die Kultur der Bergwelt zu informieren.

Dieser Mix aus Information, Unterhaltung und Faszination – naturverträglich realisiert – hat die Jury überzeugt. Aus 29 Bewerbungen wurde jeweils ein Preisträger aus Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, der Schweiz und Slowenien ausgewählt.

„Wir freuen uns sehr, dass unser Konzept aufgegangen und die ‚Bergwelt Karwendel‘ ein voller Erfolg ist – und nun sogar eine europäische Auszeichnung erhalten hat“, erklärt Geschäftsführer Alexander Herzog. Auch Um-

weltminister Dr. Markus Söder lobte das Projekt und betonte den Vorbildcharakter der Ausstellung, die Menschen für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur sensibilisieren will.

Deutschlands höchstes Ausstellungsprojekt (2 244 m ü. NN) war im Juli 2008 vom damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein eröffnet worden. Seither strömen die Besucher nach Mittenwald und beleben so die regionale Wirtschaft und den Tourismus.

Der Bereich Umweltkommunikation ist einer der Tätigkeitsschwerpunkte der Freisinger Agentur. Derzeit arbeitet Imago 87 mit Hochdruck an einem weiteren Projekt: Für die Société électrique de l'Our in Vanden/Luxemburg entsteht bis Ende April eine zweisprachige Ausstellung zum Thema „Erneuerbare Energien“ und „Klima“. Gerade am Start sind die Planungen für einen 30 km langen Erlebnis- und Informationsweg entlang des Rheins in Köln zum Thema „Hochwasserschutz am Rhein“.

Für die Agentur, die von den beiden Geschäftsführern Maité und Alexander Herzog geführt wird, arbeiten Spezialisten aus den Bereichen Landschaftsökologie, Marketing und PR, Text, Grafik und Design sowie Ausstellungs- und Informationsbau.

Bayerischer Qualitätspreis 2009:

Im Namen der Wirtschaftlichkeit

Auszeichnung für die Städte Fürstenfeldbruck, Kaufbeuren und Teuschnitz

Zum 12. Mal wurde in der Münchner Residenz der Bayerische Qualitätspreis an „wirtschaftsfreundliche Gemeinden“ verliehen. Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr die Städte Fürstenfeldbruck (Oberbayern), Kaufbeuren (Schwaben) und Teuschnitz (Oberfranken). Bei einer Feierstunde in der Münchner Residenz überreichte Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel den Siegern die Trophäe in Form einer gläsernen Pyramide. Mit dem Preis zeichnet das Wirtschaftsministerium Gemeinden aus, die für den Standort Bayern Positives geleistet haben. Die Preisträger wurden aus insgesamt 16 Gemeinden ausgewählt.

Der bayerische Qualitätspreis wurde im Jahre 1993 durch den damaligen Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu ins Leben gerufen und gilt als erste nationale Auszeichnung dieser Art in Deutschland.

nehmend auch für Kommunen, da sich diese heute steigender Konkurrenz um attraktive Unternehmen, qualifizierte Arbeitskräfte und somit auch um Neubürger stellen müssen.

Verschiedene Kriterien wer-

Auch eine umfassende Information der Bürger dient als Bewertungsmaßstab. Letztlich hat jedoch die Wirtschaftlichkeit einen besonderen Stellenwert. Für die Gemeinden heißt das: Stimmt die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Unternehmen, hat dies Einfluss auf die Bewertung.

Als Vertreter der wirtschaftsfreundlichen Gemeinde Fürstenfeldbruck nahm Oberbürgermeister Sepp Kellerer einen der drei Qualitätspreise entgegen. Laut Würdigung ist die Kreisstadt mit ihren rund 34.000 Einwohnern sowohl ein bedeutender Wirtschaftsstandort zwischen München und Augsburg als auch ein attraktives Zentrum für Bildung und kulturelles Leben.

Wirtschaftsförderung ist Chefsache

Schon seit Jahren betreibt Fürstenfeldbruck eine sehr erfolgreiche Wirtschaftsförderung; die Stadt konnte die Entwicklung ansässiger Unternehmen erfolgreich unterstützen und eine Vielzahl von Unternehmen neu ansiedeln. Allein im Jahr 2007 wurden in Fürstenfeldbruck ca. 1800 neue Arbeitsplätze geschaffen. Dabei wird das Thema Wirtschaftsförderung im Rathaus auch als „Chefsache“ und vom Oberbürgermeister persönlich unterstützt. Durch die Einrichtung eines Sachgebiets Wirtschaftsförderung und eine enge Zusammenarbeit mit örtlichen Betrieben werden stets aktuelle Kenntnisse gewonnen.

Touristisches Ziel

Weiterer Preisträger ist die Stadt Kaufbeuren mit ihrem Oberbürgermeister Stefan Bosse. Mit ihren rund 43.000 Einwohnern ist sie wirtschaftlicher Mittelpunkt im Allgäu, geprägt durch ihre Glas-, Metall- und

Schmuckwarenindustrie. In der historischen Altstadt finden Besucher die vielen Sehenswürdigkeiten, die Kaufbeuren auch zu einem bedeutenden touristischen Ziel machen.

Effizienz und Flexibilität

Die Stadtverwaltung Kaufbeuren zeichnet sich durch eine hohe Effizienz der Verwaltungsprozesse bei einer gleichzeitig hohen Flexibilität aus. Schlüsselemente hierfür sind die Erneuerung der IT, die Dezentralisierung der Verwaltungsorganisation sowie ein hoher Fortbildungssatz.

Kaufbeuren betrachtet Wirtschaftsförderung als einen entscheidenden Teil integrativer Stadtentwicklungsplanung. Verschiedenste Anreize für Familien sowie die geplante Entwicklung Kaufbeurens hin zu einer mikrotechnologischen Kompetenzregion sind deutliche Belege für das wirtschaftsfreundliche Klima und die Wandlungsfähigkeit der Stadt.

Tradition und Fortschritt

Last but not least erhielt die Stadt Teuschnitz mit ihrer Bürgermeisterin Gabriele Weber den begehrten Preis. Teuschnitz mit seinen rund 2300 Einwohnern, inmitten des Naturparks Frankenwald gelegen, hat sich mit Tradition und Fortschritt zu einem innovativen Wirtschaftsstandort entwickelt.

Das Gemeindemanagement zeichnet sich durch eine hohe Qualität der Verwaltungsprozesse aus. Ein Bürgerbüro mit festen Ansprechpartnern, die Bildung von Querschnittsämtern sowie ein umfassendes Beschwerdemanagement sichern eine bürgernahe Kommunikationsplattform. Mit den ansässigen Unternehmen wird ein intensiver Standortdialog geführt. Die geplante Einrichtung eines naturkundlichen Gesundheits- und Kompetenzzentrums sowie umfangreiche Ansiedlungserfolge mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze belegen die hervorragende Gewerbepolitik dieser Stadt. **DK**



Beim Probesitzen: Langenneufnachs Bürgermeister Josef Böck, Landrat Martin Sailer, Seniorchef Michael Wagner, Betriebsleiter Gail und Geschäftsführer Dr. Rainer Maria Wagner (v. l.).

Augsburgs Landrat Sailer zu Besuch bei Topstar

Landrat Martin Sailer betreibt eine aktive und engagierte Wirtschaftsförderung und -pflege. Immer wieder nimmt er sich persönlich der Anliegen der Wirtschaft und ihrer Unternehmen an. Seit seinem Amtsantritt im Mai 2008 hat er bereits über 40 Firmen im Landkreis Augsburg besucht. Hinzu kommen nochmals über 40 Gespräche mit Vertretern der Kammern, von Verbänden und Gewerkschaften. Jetzt besuchte er den Bürostuhlhersteller Topstar in Langenneufnach.

Mit rund 110 Mio. Euro Umsatz und 500 Beschäftigten zählt das Unternehmen zu den führenden Unternehmen der Stuhlbranche in Europa. Gefertigt werden Drehstühle, Besucherstühle und Chefessel vom hochwertigen Kinderstuhl bis zum ergonomischen Chefbüro mit der Marke „WAGNER“, die mittlerweile durch die erste TV-Präsenz (Spots auf n-tv und N24) der Branche bundesweite Bekanntheit und Anerkennung genießt.

Vorzeigeunternehmen

Topstar liefert darüber hinaus in rund 60 Länder. Neben ihrer unternehmerischen Tätigkeit engagiert sich Familie Wagner auch umfangreich im sozialen Bereich. Die 2003 gegründete „Michael-Wagner-Stiftung Kinderlachen“ ermöglichte unter anderem den Bau und Betrieb von drei Kinderhäusern in Schwabmünchen und Fischach. Mit dem auf mittlerweile über

2,2 Millionen Euro angewachsenen Stiftungskapital werden außerdem eine Vielzahl weiterer sozialer Projekte gefördert (www.kinderlachen.net).

Sailer zeigte sich beeindruckt vom großen unternehmerischen wie gemeinnützigen Engagement. Topstar sei für den Landkreis ein Vorzeigeunternehmen, das großartiges soziales Verantwortungsbewusstsein beweise.

Neben der Bestandspflege der ansässigen Betriebe widmet sich Sailer mit Nachdruck der Zukunft der Region. Die enge Mitarbeit beim Thema „Faserverbundstoffe“ verbunden mit einer Mitgliedschaft im Verein „Carbon Composites e. V.“, beim Regionalmarketing mit der Stadt Augsburg und dem Landkreis Aichach-Friedberg oder beim überregionalen Verbund des Wirtschaftsraumes rund um die Landeshauptstadt unter dem Dach der Metropolregion München sind dafür ein deutlicher Beleg.

Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8, die am 17. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Abzeichen



FAHNEN KOCH GMBH
Querststraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz

Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen



FAHNEN KOCH GMBH
Querststraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen



eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriest. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen



Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773) 82218 · Telefon: (02773) 82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriest. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte



Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



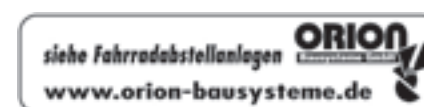
Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Wasserzähler

HYDROMETER

Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriest. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrometer.de